



UNSERE NEU GEWÄHLTE GEMEINDERATSFRAKTION 2024 BIS 2029

Freie
Demokraten

Stuttgart FDP

AUS DEM KREISVERBAND

**KMV MIT
JUBILAREHRUNGEN UND
DELEGIERTENWAHLEN**

AUS DEM LANDTAG

**ILLEGALE MIGRATION
VERHINDERN,
AUTOINDUSTRIE RETTEN**

AUS DEM BUNDESTAG

**SICHERHEITSPAKET
IM BUNDESTAG
BESCHLOSSEN**

VORWORT

03 BEGRÜßUNG DER KREISVORSITZENDEN

AUS DEM KREISVERBAND

04 KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 23. SEPTEMBER MIT JUBILAREHRUNGEN UND DELEGIERTENWAHLEN

06 ERGEBNISSE DER DELEGIERTENWAHLEN

07 ERFOLGREICHE VERANSTALTUNG TROTZ KÜHLER TEMPERATUREN

08 DER BEZIRKSPARTEITAG IN REMSECK

AUS DEN ARBEITSKREISEN

10 STAND ZUR EUROPÄISCHEN MOBILITÄTSWOCHE – WIR NEHMEN DIE MOBILITÄTSBEDÜRFNISSE ALLER ERNST!

AUS DEN STADTGRUPPEN

12 STAFFELÜBERGABE DER STUTTGARTER FDP MITTE/SÜD – IM SÜDEN VIEL NEUES

13 PERSONALFRAGEN GEKLÄRT

14 NEUER VORSTAND FÜR DIE STADTGRUPPE PLIENINGEN/BIRKACH

15 BEZIRKSBEIRÄTE BESTÄTIGT – VERBINDENDE THEMEN

16 AUS DER STADTGRUPPE NORD

18 NEUER BEZIRKSBEIRAT IN SILLENBUCH

AUS DEM GEMEINDERAT

19 DIE FRISCH GEWÄHLTEN BEZIRKSBEIRÄTINNEN UND BEZIRKSBEIRÄTE

20 VORSTELLUNG DER NEUEN STADTRÄTE

AUS DER REGION

24 MIT NEU GEWÄHLTEM VORSITZENDEN IST DIE REGIONALVERSAMMLUNG IN DIE HAUSHALTS- BERATUNGEN GESTARTET

AUS DEM LANDTAG

26 AKTIV GEGEN EINE LEA UND UNTERWEGS IM WAHLKREIS

29 ILLEGALE MIGRATION VERHINDERN, AUTOINDUSTRIE RETTEN

32 ENDE GUT, ALLES GUT: FLUGHAFENTUNNEL-SPERRUNG IST VOM TISCH

AUS DEM BUNDESTAG

34 JETZT MUSS DIE MIGRATIONSFRAGE GELÖST UND DAS WIRTSCHAFTSPAKET VERABSCHIEDET WERDEN!

35 SICHERHEITSPAKET IM BUNDESTAG BESCHLOSSEN: IRREGULÄRE MIGRATION BESSER BEKÄMPFEN

AUS DEN VORFELDDORGANISATIONEN

36 AKTIVER LIBERALER MITTELSTAND

37 GROSSES TREFFEN IN KARLSRUHE

38 STUTTGART PRIDE 2024: VIELFALT LEBEN – JETZT ERST RECHT!

39 ZWEI ERFOLGREICHE LIBERALE FRAUEN KANDIDIEREN IM BEZIRKSVERBAND STUTTGART!

40 LIBERALE FRAUEN BADEN-WÜRTTEMBERG WÄHLTEN NEUEN LANDESVORSTAND!

VERANSTALTUNGEN

42 TERMINE IM 4. QUARTAL 2024

43 UNSERE VERSTORBENEN



Titelfoto: Anja Klanke

Herausgeber: FDP-Kreisverband Stuttgart › V.i.S.d.P.: Gabriele Reich-Gutjahr

Anschrift: Weißenburgstraße 29, 70180 Stuttgart, Telefon: (0711) 621584

Anzeigen an: redaktion@stuttgart-liberal.de › Satz und Layout: Steffen Schneider

stuttgart liberal erscheint viermal im Jahr und wird für die Stuttgarter FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert.

BEGRÜßUNG DER KREISVORSITZENDEN



Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende der FDP Stuttgart

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Freien Demokraten,

der politische Betrieb hat nach der Sommerpause der Parlamente wieder Fahrt aufgenommen. Die Diskussionen über die Regierungsarbeit blieben. Ich persönlich bin der Überzeugung, dass gerade wir Liberalen unsere Erfolge in der Bundesregierung sichtbarer machen sollten. Wenn wir es nicht tun, wer dann? Wichtige Fortschritte für unser Land wie z.B. beim Aufbau einer starken Finanzpolizei, bei der Haushaltspolitik, beim Bürokratieabbau, bei der Sanierung der Infrastruktur von Schienen und Brücken, kommen zu kurz in der Gesamtbewertung. Alles Baustellen aus 16 Jahren CDU-geführter Bundesregierung, die angegangen sind, die aber auch Zeit brauchen, um ihre volle Wirkung zu entfalten. Das gilt auch für die Versäumnissen der CDU bei der Migrations- und Einwanderungspolitik. Dass Regierungsfaktionen, die erstmals aus drei sehr unterschiedlich positionierten Parteien bestehen, bei der Suche nach den Antworten oftmals auch streiten, und zwar öffentlich, halte ich übrigens für eine gute demokratische Kultur. Das Parlament muss nicht abnicken, was die Regierung vorschlägt. Das nennt man Gewaltenteilung.

Schauen wir auf Stuttgart. Der neue Gemeinderat nimmt seine Arbeit auf. Gleich zu Beginn steht ein wichtiges Thema auf dem Plan, das uns alle betrifft: **der Hebesatz für die neue Grundsteuer ab 2025**. Unsere Gemeinderatsfraktion hat sich klar positioniert und fordert die Aufkommensneutralität bei der Umsetzung. Diese ist kein Selbstläufer wie man an anderen Städten in Baden-Württemberg sieht. Dazu braucht es auch Ihr Engagement. Treten Sie in den Dialog mit den Gemeinderäten aller Parteien und mit Vertretern der Stadt und machen Sie deutlich, was die Bürgerinnen und Bürger von ihnen erwarten.

Rückblick: Das neue Bundesgesetz enthielt eine Öffnungsklausel, von der Baden-Württemberg Gebrauch machte. Das gewählte Modell, das nur auf die Grundstücksfläche abstellt, wurde von der FDP-Landtagsfraktion massiv kritisiert.

Sie hatte sich für eine Einbeziehung der Wohnfläche in die Berechnung ausgesprochen. Warum die CDU sich damals dem Vorschlag des grün geführten Finanzministeriums anschloss, bleibt ihr Geheimnis. Aktuell sind Klagen verschiedener Verbände anhängig gegen das Gesetz. Diese Verfahren werden aber nicht vor 2025 entschieden werden.

Scheinbar hat auch die baden-württembergische Landesregierung Sorge, dass die Aufkommensneutralität nicht gesichert ist und dass ihr das Grundsteuergesetz bei den nächsten Wahlen auf die Füße fällt. Anders ist es nicht zu erklären, dass das baden-württembergische Finanzministerium ein Transparenzregister veröffentlicht hat mit angemessenen Hebesätzen pro Kommune, mit denen die Aufkommensneutralität sichergestellt wäre. Für Stuttgart liegt danach die Bandbreite für Grundsteuer B bei 156 bis 172 %, um das aktuelle Grundsteueraufkommen von 160 Mio. Euro zu halten.

Abschließend bitte ich Sie um Ihre Unterstützung bei der **Stimmensammlung gegen den XXL-Landtag**. Wie? Die Erläuterungen und Unterlagen finden Sie im Mitgliederbrief 10/2024 vom 12. September 2024. Bitte machen Sie mit und aktivieren Sie ihre Netzwerke in Baden-Württemberg. Einige Formulare zum Ausfüllen haben wir beigelegt.

Bleiben wir gemeinsam dran.

Es grüßt Sie herzlich

Gabriele Reich-Gutjahr
Kreisvorsitzende

KREISMITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 23. SEPTEMBER MIT JUBILAREHRUNGEN UND DELEGIERTENWAHLEN



Brigitta Haak
Beisitzerin Kreisvorstand

Am 23. September 2024 fand die Kreismitgliederversammlung der Stuttgarter Freien Demokraten im Württembergischen Automobilclub (WAC) statt. Auf der Tagesordnung standen turnusgemäß die Delegiertenwahlen für die Bundes-, Landes- und Bezirksparteitage sowie für die Landeshauptausschüsse 2025 bis 2027. Außerdem wurden langjährige Mitglieder für ihre Verdienste um die Partei geehrt. Vor fast 80 anwesenden Parteimitgliedern gab die Kreisvorsitzende **Gabriele Reich-Gutjahr** einen Überblick über die aktuellen Aktivitäten und die zentralen Themen des Kreisverbands. Sie hob besonders hervor, wie wichtig das Projekt „XXL-Landtag verhindern“ ist und rief die Mitglieder dazu auf, sich an der laufenden Unterschriftenaktion zu beteiligen sowie in ihrem Umfeld dafür zu werben. „Ein übergroßer Landtag ist weder demokratisch noch effizient. Wir brauchen klare Strukturen, die handlungsfähig sind“, so Reich-Gutjahr. Zudem berichtete sie über den erfolgreichen Auftakt des Bündnisses für Demokratie und Menschenrechte auf dem Stuttgarter Weindorf.

„Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtig, unseren inneren Kompass zu schärfen im Sinne von Theodor Heuss, der sagte: „Und was heißt Demokratie als Lebensform? Doch nur dies: dem Menschen, gleichviel wer er sei und woher er käme, als Mensch zu begegnen.“ Bis heute gilt seine Erkenntnis, dass Demokratie nie bequem ist“.

EHRUNGEN VERDIENTER MITGLIEDER

15 Mitglieder wurden für ihre langjährige Treue zur FDP geehrt, musikalisch umrahmt vom Abiturienten **Sebastian Weil** begleitet von seiner Lehrerin **Tomoko Hermann**. Unter den Geehrten waren der Ehrenvorsitzende der FDP Stuttgart, Alt-Stadt- und Regionalrat **Armin Serwani** für 50 Jahre

sowie die Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg, **Judith Skudelny**, MdB, und die Regionalrätin und stellvertretende Landesvorsitzende **Gabriele Heise** für jeweils 25 Jahre Mitgliedschaft.



→ **Armin Serwani (Mitte)** erhält die Urkunde von **Gabriele Reich-Gutjahr** und **Dr. Hans-Ulrich Rülke, MdL** überreicht.



→ **Judith Skudelny, MdB (Mitte)** erhält die Urkunde von **Gabriele Reich-Gutjahr** und **Dr. Hans-Ulrich Rülke, MdL** überreicht.



→ **Teska Heise (Mitte) nimmt die Urkunde für ihre Mutter Gabriele Heise von Gabriele Reich-Gutjahr und Dr. Hans-Ulrich Rülke, MdL entgegen.**

Des Weiteren wurden geehrt:



Urte Burkhardt, Stadtgruppe Weilimdorf für 50 Jahre und ihr Mann Roland Burkhardt für 40 Jahre.



Prof. Dr. Hans-Peter Burghof, Stadtgruppe Plieningen/Birkach für 40 Jahre und Angelika Barwasser, Stadtgruppe Nord für 25 Jahre.



Ebenso Liane Bott-Voelker, Stadtgruppe Feuerbach, die bereits 2023 ihr 25-jähriges Jubiläum beging.

Nicht anwesend sein konnten die Jubilare Karl-Heinz Rübesamen (65 Jahre), Almut Schwarz (50 Jahre), Dr. Reinhard Schwarz (50 Jahre), Edelgard Schmid (40 Jahre), Martin Alber (25 Jahre), Dr. Matthias Broesamle (25 Jahre) und Dr. Jan Bauer (25 Jahre).

Auch ihnen gilt unser herzlicher Dank für ihre Treue.

Der stellvertretende Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende **Dr. Hans-Ulrich Rülke**, MdL hatte die Ehrungen mit vorgenommen. In seiner anschließenden Rede stellte er dar, warum Baden-Württemberg die Liberalen wieder in der Landesregierung braucht. Er kritisierte scharf die Untätigkeit der grün-schwarzen Landesregierung, insbesondere bei wichtigen Infrastrukturprojekten wie zum Beispiel der Hermann-Hesse-Bahn. „Statt Fortschritt zu ermöglichen, wird viel Geld in fragwürdige Fledermaus-Projekte gesteckt und Chancen bleiben ungenutzt“, so Rülke.

BILDUNGSPOLITIK ALS SCHLÜSSEL

Zur Bildungspolitik sagte er: „Wir brauchen eine kontinuierliche Bildungspolitik, die über Parteigrenzen und Legislaturperioden hinweg Bestand hat. Berufliche Bildung muss den gleichen Stellenwert haben wie akademische Bildung, und der Leistungsgedanke muss im Mittelpunkt stehen“, betonte er. Rülke kritisierte die Bildungsreformen der Landesregierung unter Winfried Kretschmann, die lediglich Unruhe gestiftet hätten. „Eine Bildungsallianz von FDP mit CDU und SPD ist möglich, aber mit den Grünen leider nicht“, resümierte er die Gespräche mit Vertretern der anderen Parteien.

RÜLKE ZUR AMPEL-KOALITION UND MIGRATIONS-POLITIK

Auf die aktuelle Lage der Ampel-Koalition angesprochen, äußerte sich Rülke klar: „Die FDP kann in der Ampel bleiben, wenn die Ampel Probleme löst.“ Als Beispiel nannte er die Migrationspolitik. „Ziel muss es sein, Menschen willkommen zu heißen, die arbeiten wollen und unsere Gesetze achten. Aber diejenigen, die in unsere Sozialsysteme einwandern wollen oder illegal einreisen, müssen konsequent zurückgewiesen werden“, so Rülke.

Im Hinblick auf die Landtagswahlen 2026 äußerte sich Rülke optimistisch: „Baden-Württemberg braucht eine bürgerliche Regierung. Eine Koalition aus CDU und FDP ist möglich, und ich freue mich darauf, als Spitzenkandidat der FDP bei der Landtagswahl 2026 anzutreten.“

Die Ergebnisse der Delegiertenwahlen finden Sie auf Seite 6.

ERGEBNISSE DER DELEGiertenWAHLEN



Christian Schlepple
Kreisgeschäftsführer

BUNDESPARTEITAGE 1. MAI 2025 BIS 30. APRIL 2027

Delegierte: Friedrich Haag MdL, Judith Skudelny MdB, Charlotta Eskilsson, Michael Marquardt, Gabriele Reich-Gutjahr

Ersatz-Delegierte: Dr. Thilo Scholpp, Gabriele Heise, Wolf Dieter Dallinger, Benedikt Zimmermann, Armin Serwani

EISHEILIGE 1. MAI 2025 BIS 30. APRIL 2027

Delegierter: Volker Weil

Ersatz-Delegierter: Stefan Fischer

LANDESHAUPTAUSSCHUSS 1. JANUAR 2025 BIS 31. DEZEMBER 2026

Delegierte: Friedrich Haag MdL, Judith Skudelny MdB, Gabriele Reich-Gutjahr, Mark Wieczorrek, Armin Serwani, Dr. Thilo Scholpp, Benedikt Zimmermann

Ersatz-Delegierte: Volker Weil, Dr. Cornelius Hummel, Gabriele Heise, Michael Marquardt, Wolf Dieter Dallinger, Dr. Frank Finzenhagen, Claudia Schober

BEZIRKS- UND LANDESPARTEITAG 1. JANUAR 2025 BIS 31. DEZEMBER 2026

Delegierte: Friedrich Haag MdL, Judith Skudelny MdB, Prof. Dr. Hans-Peter Burghof, Brigitta Haak, Michael Marquardt, Gabriele Reich-Gutjahr, Stefan Fischer, Gabriele Heise, Benedikt Zimmermann, Armin Serwani, Wolf Dieter Dallinger, Claudia Schober, Dr. Ulrich Schnabel, Dr. Thilo Scholpp, Alexander Pross, Dorothee Wesseley, Julian Gölz, Dr. Frank Finzenhagen, Dr. Cornelius Hummel, Mark Wieczorrek, Tobias Burk, Dr. Susanne Pioch, Volker Weil, Tanja Reiners, Susanne Winkler, Michael Konz

Ersatz-Delegierte: Dr. Markus Martin, Agelidis Apostolos, Alina Hettich, Juliane Becker, Simone Bauer-Werner, Felix Karcher, Daniel Pfeiffer, Daniel Flad, Anke Pross, Martin Silberer, Prof. Dr. Karl Stahr, Maria Kalb, Tim Littkemann, Christian Bernhardt, Sezer Özerdem, Carolin Selig, Moritz Brandauer, Jochen Merkle, Valentin Heiderich, Dr. Peter Straube, Konrad Steimer, Barbara Merckel, Tician Boschert, Barbara Glock-Steiff, Rolf-Peter Golembiewski,

ERFOLGREICHE VERANSTALTUNG TROTZ KÜHLER TEMPERATUREN



Brigitta Haak
Beisitzerin Kreisvorstand

Am Abend des 10. Oktober 2024 fand der traditionelle Liberale Wasentreff der FDP Stuttgart statt, der trotz kühler Temperaturen zahlreiche Mitglieder und Gäste anzog. **Charlotta Eskilsson**, die im Namen des Kreisvorstands die Veranstaltung eröffnete, begrüßte die Anwesenden herzlich.

Zu den prominenten Gästen zählten **Friedrich Haag**, MdL und Gemeinderat, sowie **Dr. Matthias Oechsner**, Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat. Auch **Dr. Cornelius Hummel**, Gemeinderat, **Stefan Fischer**, Kreisvorsitzender der Jungen Liberalen, und **Susanne Winkler** von den Liberalen Frauen waren mit von der Partie.

Matthias Oechsner informierte über die aktuelle Arbeit der neuen Gemeinderatsfraktion. Er betonte das hohe Arbeitspensum und lobte das gute Team, das engagiert zusammen-

arbeitet. Jetzt gelte es, die wichtigen Themen entschlossen anzugehen und umzusetzen. „Auch wenn die Umfragewerte zur Zeit nicht rosig sind, dürfen wir den vernünftigen, Weg liberaler Politik weder im Bund, Land noch in der Kommune verlassen“, war Oechsners Appell.

Der Abend bot den Anwesenden eine hervorragende Gelegenheit, sich bei interessanten Gesprächen und Diskussionen über wichtige politische Themen auszutauschen. Dabei standen sowohl kommunale als auch landespolitische Fragestellungen im Mittelpunkt. Insgesamt war es eine gelungene Veranstaltung, die den Gästen die Möglichkeit bot, sich zu vernetzen und den Dialog über die Zukunft liberaler Politik zu vertiefen.



→ (v.l.n.r.): Gastgeber Nico Metz, Friedrich Haag, MdL, Nicos Frau Jessica und Armin Serwani



→ Die Gäste hatten beim Wasentreff der Stuttgarter FDP sichtlich Spaß

DER BEZIRKSPARTEITAG IN REMSECK



Wolf Dieter Dallinger
Beisitzer Kreisvorstand

Am 12. Oktober 2024 stand der Bezirksparteitag der FDP Region Stuttgart in der Stadthalle im benachbarten Remseck an. Unser Kreisverband war mit zahlreichen Delegierten und unseren beiden Bundestagskandidaten **Judith Skudelny** MdB (Stuttgart I) und **Mark Wieczorrek** (Stuttgart II) vor Ort.

WAHL DER REIHENFOLGE DER BUNDESTAGSKANDIDATEN

Der wichtigste Punkt des Tages war die Wahl der Reihenfolge der Bundestagskandidaten für die Empfehlungen des Bezirkes an die Landesvertreterversammlung am 23. November 2024. Dort wird dann die Wahlliste der FDP Baden-

Württemberg für die Bundestagswahl zusammengestellt. Die Plätze 1 bis 6 wurden in Einzelwahlgängen gewählt. Platz 1 war für den Kreisverband Stuttgart vorgesehen. Unser Vorschlag war unsere Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny MdB, die vor kurzem vom Landesvorstand einstimmig als Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl nominiert wurde. Nach einer hervorragenden Rede wurde sie zur Spitzenkandidatin des Bezirksverbandes gewählt.

Platz 2 ging an **Dr. Florian Toncar** MdB aus dem Kreisverband Böblingen. Auf Platz 3 wurde es spannend. Der Vorstand des Kreises Esslingen schickte die junge Kandidatin



→ **Judith Skudelny MdB**, unsere Kandidatin für den Wahlkreis Stuttgart I



→ **Mark Wieczorrek**, unser Kandidat für den Wahlkreis Stuttgart II



→ Die Delegierten und weitere Mitglieder der FDP Stuttgart

Laura Hahn ins Rennen und entschied sich damit gegen Renata Alt MdB, die bei der letzten Bundestagswahl das bundesweit drittbeste Zweitstimmenergebnis geholt hatte. Diese wurde ebenfalls für Platz 3 vorgeschlagen und ging deutlich als Siegerin aus der Abstimmung hervor. Auf Platz 4 geht Prof. Dr. Stephan Seiter MdB für den Rems-Murr-Kreis ins Rennen um die guten Plätze auf der Landesliste. Platz 5 fiel an Oliver Martin aus dem Kreis Ludwigsburg und Platz 6 an das Nachwuchstalente der FDP Anna Ortwein für den Kreis Göppingen.

Im Anschluss präsentierten sich die weiteren Kandidaten des Bezirksverbandes, so auch unser Bundestagskandidat für den Wahlkreis Stuttgart II Mark Wieczorrek mit einer sehr guten Vorstellung.

BEWERBUNGSREDEN FÜR DEN LANDESVORSITZ

Im Rahmen seines Wechsels aus der Politik zur Bundesbank trat Michael Theurer vom Vorsitz des Landesverbandes zurück. Bekannterweise kandidiert der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL für den Landesvorsitz. In seiner gewohnt guten Rede bekräftigte er seine Absicht, Judith Skudelny MdB wie sein Vorgänger als Generalsekretärin des Landesverbandes vorzuschlagen.

Der Flurfunk hatte schon länger gemunkelt, dass Pascal Kober MdB seinen Hut ebenfalls in den Ring werfen könnte. In seiner Rede brachte er Benjamin Strasser MdB als Generalsekretär ins Gespräch und erklärte seine Kandidatur für den Vorsitz des Landesverbandes.

RECHENSCHAFTSBERICHT UND GRÜßWORTE

Hartfrid Wolff, Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Region Stuttgart, trug den Rechenschaftsbericht des Bezirksverbandes vor. Eine Analyse des Regionalwahlergebnisses soll beim nächsten Bezirksparteitag nachgereicht werden. Grußworte gab es u.a. von Benjamin Strasser MdB und Dr. Jens Brandenburg MdB, beides parlamentarische Staatssekretäre.

EIN ANTRAG PRO AUTOMOBILINDUSTRIE UND WOHLSTAND

Judith Skudelny MdB, Friedrich Haag MdL und Andrey Belkin, Bundestagskandidat aus dem Kreis Ludwigsburg, hatten einen Antrag ausgearbeitet, der vom Bezirksvorstand eingebracht wurde. Im Antrag werden sowohl die Kommissionspräsidentin der Europäischen Union Dr. Ursula von der Leyen von der CDU als auch die Landesregierung aufgefordert, sich konkret für Verbrennungsmotor, Technologieoffenheit und synthetische Kraftstoffe zum Wohle der deutschen Automobilindustrie und damit pro Wohlstand einzusetzen. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit von den Delegierten des Bezirksparteitages angenommen.

STAND ZUR EUROPÄISCHEN MOBILITÄTSWOCHE – WIR NEHMEN DIE MOBILITÄTSBEDÜRFNISSE ALLER ERNST!



Wolf Dieter Dallinger
Leiter AK Mobilität



Dr. Ulrich G. Schnabel
Stv. Leiter AK Mobilität

Unermüdlich unter dem Motto „Mobilität für alle ermöglicht statt Verbote und Ideologie“ organisiert der AK Mobilität seine Vorortpräsenz bei den Mobilitätswochen der vergangenen Jahre.

Unter anderem 2022 auf der Königstraße und 2023 waren wir sogar mit unserem sehr großen Stand anlässlich der Europäischen Mobilitätswoche auf der Theo-mobil vertreten: 40 Infostände verschiedener Einrichtungen an einem Sonntag im September auf der extra für diese Veranstaltung gesperrten Theodor-Heuss-Straße. Als einzige Partei dabei: die FDP Stuttgart. Die Theo war voll von unseren FDP-Ballons in Kinderhänden.

Für 2024 hatte die Verwaltung keine Gelder für eine entsprechende Veranstaltung im Doppelhaushalt zugeteilt bekommen. Nichtsdestotrotz bespielten mehrere städtische, regionale und Landesunternehmen aus dem Verkehrssektor den Schlossplatz. Darunter die SSB, der VVS und bwegt. Und wer war wieder als einzige Partei dabei? Natürlich die FDP Stuttgart.

Gut ausgestattet mit unseren beiden Verkehrsflyern, unserem Plakat zur Herstellung von E-Fuels, einem Übersichtsplakat zu unseren Mobilitätsthemen aus dem Wahlprogramm und zwei Plakatstoppern mit Themenplakaten kamen wir mit vielen Passanten ins Gespräch. Neben Mobi-



→ (v.l.n.r.): Dr. Ulrich G. Schnabel, Cornelia Christian, Geschäftsführerin des VVS, Wolf Dieter Dallinger und Benedikt Zimmermann

litätsthemen und der Bundespolitik war das Volksbegehren „Landtag verkleinern“ Thema.

Kinder standen Schlange für unsere Heliumballons und Windräder. **Michael Mehling** an der Heliumflasche war definitiv der gefragteste FDPler an diesem Nachmittag.

Die Geschäftsführerin des VVS, Cornelia Christian, besuchte uns am Stand und blieb über eine Stunde zu Austausch und Diskussion. Intensiv besprochen wurde die grundsätzliche Frage, wie Frau Christian und die FDP die Potenziale des autonomen Bahn- und Busverkehrs einschätzen. Dabei standen Aspekte, ob autonomer ÖPNV eine Lösung für Fachkräftemangel sein kann oder ob dadurch tatsächlich Betriebskosten gesenkt werden können. Auch haben wir über die Frage diskutiert, wann Stuttgart endlich für einen autonom fahrenden Bus eine Pilotstrecke bekommt, um auf einer wenig komplexen realen Strecke dies einfach mal zu testen und damit für Mobilitäts-Innovation im ÖPNV zu werben.

Neben dem Stand gab es noch eine zweite liberale Veranstaltung zur Europäischen Mobilitätswoche. Die Stiftung lud zum Thema „Mobilität in der Stadt – Ist ‚autofrei‘ die einzige Lösung?“ mit unserem Landtagsabgeordneten und Gemeinderat **Friedrich Haag, MdL**. Mehr dazu in seinem Artikel in diesem Heft.

Die Europäische Mobilitätswoche 2025 findet eine Woche vor der Bundestagswahl statt. Der nächste Stand des AK Mobilität fällt somit in die heiße Phase des Wahlkampfes. Wir freuen uns darauf und stehen für „Mobilität für alle ermöglichen – statt Verbote und Ideologie“.



→ **Friedrich Haag, MdL (links) mit Dr. Ulrich G. Schnabel, der ebenfalls den Stand besuchte.**

Ihr zentraler Anlaufpunkt für alle, die die liberale Botschaft wirkungsvoll verbreiten wollen! Bei uns erwarten Sie nicht nur traditionelle Werbeatikel wie Stofftaschen, Aufkleber und Grußkarten, sondern auch speziell zugeschnittene Produkte für effektive Wahlkampfaktionen vor Ort – ob es nun Bauzaunbanner, Hohlkammerplakate oder Großflächenplakate sind.

Planen Sie einen Infostand oder einen Kongress? Dann finden Sie bei uns das passende Equipment. Unsere Produktpalette reicht von Tischaufstellern über Visitenkarten bis hin zu Rollups, Messewänden und Faltzelten. Alles im aktuellen Design der Freien Demokraten, Jungen Liberalen, Liberalen Mittelstand und Liberalen Frauen.

Das Beste daran: Sie haben die Wahl zwischen einem vorhandenen Layout oder einem Design, das individuell nach Ihren Vorstellungen und Wünschen gestaltet wird. Und keine Sorge – wir begleiten Sie durch den gesamten Bestellprozess, von der Auswahl bis zur Abwicklung.

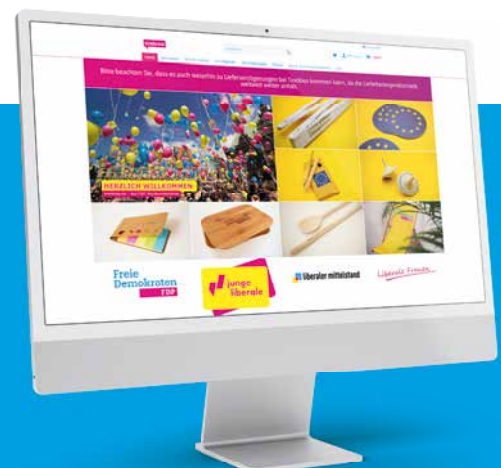
Entdecken Sie die Vielfalt und die Möglichkeiten, die unsere Produkte und Dienstleistungen Ihnen bieten, und tragen Sie die liberale Botschaft mit Stolz in die Welt hinaus. Wir freuen uns darauf, Sie auf www.thinkliberal.de zu begrüßen!

Freie Demokraten
FDP



Liberalen Frauen

liberaler mittelstand
Bundesvereinigung



thinkliberal.de ist ein Produkt der
BTW MARKETING® Werbeagentur | Digital, Marketing, Design
Steinstraße 14 | 59368 Werne
Telefon: 0 23 89 / 9261-170 | info@thinkliberal.de

STAFFELÜBERGABE DER STUTTGARTER FDP MITTE/SÜD – IM SÜDEN VIEL NEUES



Juliane Becker
Stv. Stadtgruppenvorsitzende Mitte/Süd

Der kürzlich beendete Kommunal-Wahlkampf hat die FDP-Stadtgruppe Mitte/Süd enger zusammengeschweißt, und nun machte sie Nägel mit Köpfen: In einem spannenden Wahlakt wurde ein neuer Vorstand gewählt. Ziel: Neubelebung. Neue Gesichter, neue Prioritäten – aber auch bewährte Erfahrung. Der neu gewählte Vorstand spiegelt dabei die Vielfalt und Lebendigkeit der Einwohnerstruktur dieses pulsierenden Stadtteils wider, wie sie typisch für den Stuttgarter Süden und die FDP-Stadtgruppe ist.

Neuer Vorsitzender ist **Benedikt Zimmermann**, Ingenieur und Experte für alternative Energien. Zuvor war er bereits als Schatzmeister im Vorstand aktiv. Zimmermann gilt als besonnen und führungsstark, Eigenschaften, die für die Leitung einer Stadtgruppe unverzichtbar sind.

Ihm zur Seite stehen zwei Stellvertreter: **Professor Dr. Karl Stahr**, Geologe und eine feste Größe der FDP im Stuttgarter Süden, sowie **Juliane Becker**, Studienrätin und engagierte Verfechterin von Politik, Pädagogik und Literatur. Stahr ist langjähriger Bezirksbeirat und Gastgeber der beliebten Sommerfeste der Stadtgruppe. Becker brennt für ihre Arbeit und ist auch im Wahlkampf ein bekanntes Gesicht.

Ergänzt wird der Vorstand durch **Simone Bauer-Werner**, Diplom-Biologin und Pharma-Expertin, passionierte Reiterin, Schöffin und Mutter und **Dr. Julian Lohf**, Wirtschaftsexperte und persönlicher Referent eines Stuttgarter Unternehmers, sowie **Thilo Blien**, Ingenieur und Neuzugang in der Partei. Der bisherige Vorsitzende **Tician Boschert** bleibt dem Vorstand als Schatzmeister erhalten und sucht eine Wohnung in Süd.

„Im Wahlkampf haben wir erlebt, wie wichtig ein eingespieltes Team ist“, sagte Benedikt Zimmermann nach seiner Wahl. „Das wird auch beim kommenden Wahlkampf entscheidend sein, der sicher keine leichte Aufgabe wird.“ Auch Juliane Becker betonte, dass die Vorstandsarbeit weit mehr sei als nur ein Titel: „Es ist Arbeit, aber auch die Möglichkeit, unsere Ideen umzusetzen.“

Herzlichen Dank an dieser Stelle an die ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstandes: **Klara Fischer**, die frisch verheiratet ihrem Mann nach Marburg gefolgt ist und Dajana Hummel, die sich künftig neuen Aufgaben widmen wird.



→ (v.l.n.r.): Tician Boschert, Jonathan Makurath, der designierte Bezirksvorsteher von Mitte/Süd gehörte zu den ersten Gratulanten, Juliane Becker, Benedikt Zimmermann.

PERSONALFRAGEN GEKLÄRT



Frank Bantle
Stadtgruppenvorsitzender Ost

Wer sind die liberalen Köpfe und Mandatsträger im neuen Bezirksbeirat Ost? Es bleibt bei einem Männerduo. Weibliche Mitglieder der Stadtgruppe konnten nicht für das Ehrenamt begeistert werden. Bei der ersten Sitzung nach der Sommerpause stellte sich **Frank Bantle** zur Wiederwahl. Er startete 2019 als Bezirksbeirat und gab in seiner Begrüßung an, dass er gerne nochmals in das Gremium gehen würde. Interesse als Stellvertreter hatte **Felix Karcher**, der im Osten lebt und sich neben seinem Engagement in der Stadtgruppe Nord nun auch vermehrt im Wohnbezirk einbringt. Beide Kandidaten wurden einstimmig gewählt. Ein Dankesgruß ging an den bisherigen Stellvertreter **Dr. Thilo Scholpp**.



→ Nach den Wahlen. (v.l.n.r.): **Wolf Dieter Dallinger**, **Felix Karcher**, **Mark Wiczorrek**, **Frank Bantle** und **Armin Serwani**

Große Freude herrschte bei den Anwesenden, dass das Amt des Bezirksvorstehers in FDP-Hand bleibt. Wie bereits bekannt, hat der langjährige Stadt- und Regionalrat sowie frühere Kreisvorsitzende **Armin Serwani** das Ehrenamt von **Charlotta Eskilsson** übernommen. Serwani nahm an der Sitzung teil und gab schon einen ersten Ausblick, wie er seine Funktion sieht. So will er antesten, ob feste Bürger-Sprechstunden eine Möglichkeit sind, Probleme oder persönliche Fragen schnell und zeitnah im Bezirk zu klären.

Ein weiterer wichtiger Gast bei der Sitzung war **Mark Wiczorrek**, unser Bundestagskandidat. Mit Wahlkampfmanagerin **Emma Gaspers** trat er in den Dialog mit den Parteimitgliedern und skizzierte seine Schwerpunkte für den Wahlkampf. Die sehr gelungene und diskussionsreiche Sitzung wurde durch eine Präsentation des AK Mobilität abgerundet. **Wolf-Dieter Dallinger** stellte den Arbeitskreis und seine Ziele vor.

In der Stadtgruppe Ost sind derzeit 60 Mitglieder gemeldet. Frank Bantle ist Vorsitzender, Stellvertreter sind **Slavica Benko** und Manfred **Hucke**. Um die Finanzen kümmert sich **Janina Pahmeier**.

NEUER VORSTAND FÜR DIE STADTGRUPPE PLIENINGEN/BIRKACH



Tobias Burk

Stadtgruppenvorsitzender Plieningen/Birkach

Seit 12. September 2024 wird die Stadtgruppe Plieningen/Birkach durch ein neues Vorstandsteam geleitet: neben **Tobias Burk** als Vorsitzender lenken **Stefan Fischer** als Kreisvorsitzender der JuLis, der neue Bezirksbeirat für Plieningen **Julian Gölz**, der langjährige Schatzmeister **Christian Riedel** und **Dorothee Wessely** die Aktivitäten der Stadtgruppe. Aufbauend auf der hervorragenden Arbeit des vorherigen Vorstands freut sich das neue Führungs-Team auf den kommenden Wahlkampf in 2025/26 und hat sich unter anderem die weitere Aktivierung der Mitgliederbasis sowie die Vernetzung mit umliegenden Stadtgruppen vorgenommen. Im Namen der Stadtgruppe danken wir dem bisherigen Vorstand ausdrücklich für ihre Arbeit für unsere Partei:

Hierbei profitierten Vorstand und die gesamte Stadtgruppe vom steten Engagement der ehemaligen Vorsitzenden **Bri-gitta Haak** in der Betreuung der Mitglieder, der Kommunikation zum Kreisverband samt Mandatsträgern sowie ihrer liberalen Politik vor Ort in Birkach. Sie bleibt der Stadtgruppe als Bezirksbeirätin und als Beisitzerin im Kreisvorstand erhalten.

Für die kommenden Wahlkämpfe kann der Vorstand weiterhin auf die Expertise des ehemaligen Vorsitzenden **Dr. Thilo Reith** und seine jahrzehntelange Erfahrung im Bezirksbeirat zurückgreifen, wobei er als stellvertretender Bezirksbeirat für Plieningen weiterhin aktiv ist.

Auch die Ideen von Ulrich Roth werden die kommenden Jahre in Form der Weiterführung der von der Stadtgruppe organisierten Veranstaltungsreihe „Hey Zukunft“ und die von ihm initiierten Marketing- und Kommunikationsmaßnahmen der Stadtgruppe prägen.

Mit **Dr. Ulrich Schnabel** und seinem Engagement für Schönb-berg und die Mobilitätsthemen rund um Plieningen/Birkach hat die Stadtgruppe einen weiteren aktiven Liberalen in ihren Reihen mit Sichtbarkeit über den Stadtteil hinaus. Zudem wird er ab November 2024 als stellvertretender Bezirksrat für Birkach tätig sein.

Der neue Vorstand ist dankbar auch in Zukunft auf bewährte Köpfe zurückgreifen zu können und so der FDP und dem liberalen Geist in Plieningen, Birkach und der gesamten Stadt Sichtbarkeit verschaffen zu können.

BEZIRKSBEIRÄTE BESTÄTIGT – VERBINDENDE THEMEN



Michael Sommerer
Stadtgruppenvorsitzender Mühlhausen/Münster

Die Ergebnisse der Kommunalwahl 2024 ergaben auch in den Stadtbezirken Münster und Mühlhausen wieder jeweils einen Sitz für die FDP. Im September wählte die Stadtgruppe hierfür ihre Vertreter. Bezirksbeirat in Münster ist weiterhin **Heinz Münch**, sein Stellvertreter **Raphael Führ**. Im Stadtbezirk Mühlhausen vertritt in den kommenden fünf Jahren **Michael Sommerer** die liberale Stimme. Themen, die einer liberalen Sichtweise bedürfen, gibt es in beiden Stadtbezirken genug.

Beide Stadtbezirke verbindet die „Schusterbahn“ (RB11), leider seit Monaten immer die erste Regionalbahn, welche die Deutsche Bahn AG ausfallen lässt, wenn es wieder einmal Personalprobleme gibt.

Unser Naherholungsgebiet Max-Eyth-See ist seit vielen Jahren ein heiß diskutiertes Thema. Wir Liberale sind für eine Neuregelung des Grillens und gegen ein absolutes Grillverbot! Ebenfalls am See beheimatet ist der Landes- und Bezirksverband der DLRG, welche darauf warten, dass sein endlich ihren dringend benötigten Neubau erhalten.

Die Radwege- und allgemeine Verkehrsplanungen der Stadt sind ebenfalls in beiden Stadtbezirken ein heißes Eisen

Münster wartet sehnlichst auf den Neubau für die Freiwillige Feuerwehr, dieser wurde nun seitens des Gemeinderates beschlossen.

Mühlhausen hatte in seinen Stadtteilen Freiberg und Mönchfeld einen großen Zuwachs an neuen Wohneinheiten, hier gilt es nun, die neuen Mitbürger in den Bezirk einzubinden. In Mühlhausen wartet man weiter auf die neue



→ (v. l. n. r.): **Raphael Führ, Heinz Münch, Dr. Cornelius Hummel, Michael Sommerer, Mark Wieczorrek und Emma Gaspers**

Wohnbebauung im Schafhaus, Hofens „Mittlere Wohlfahrt“, ist in Bezug auf ein Neubaugebiet ebenfalls eine Never-Ending-Story.

Die Quartiersentwicklung „Münster 2050“ im Ortskern soll einmal rund 230 neue Wohnungen hervorbringen.

Diese kleine Auswahl an Themen in den beiden Nordöstlichsten Stadtbezirken am Neckar wurden in der Septemberversammlung engagiert diskutiert mit unserem Betreuungstadtrat **Dr. Cornelius Hummel** und unserem Bundestagskandidaten **Mark Wieczorrek**.

AUS DER STADTGRUPPE NORD



Wolf Dieter Dallinger
Stadtgruppenvorsitzender Nord

WAHL DER BEZIRKSBEIRÄTE

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Doch nicht bereits die Bundestagswahl ist hier gemeint, sondern die Wahl der Bezirksbeiräte für den Stadtbezirk Nord. In den letzten fünf Jahren saßen **Angelika Barwasser** als ordentliches und **Wolf Dieter Dallinger** als stellvertretendes Mitglied im Bezirksbeirat. Beide wurden in ihrer jeweiligen Funktion wiedergewählt und werden von 2024 bis 2029 liberale Politik im Bezirksbeirat Nord vertreten.

DAS GEPLANTE FLÜCHTLINGSWOHNHEIM IN DER LENBACHSTRASSE

Kurz vor den Sommerferien war das geplante Flüchtlingswohnheim in der Lenbachstraße am Höhenfreibad im Nachbarbezirk Feuerbach im dortigen Bezirksbeirat Thema. Da es unmittelbar hinter der Bezirksgrenze liegt, war einer unserer Bezirksbeiräte als Zuschauer anwesend. An der Lage gibt es einige Kritikpunkte: Schlechte Anbindung an Bus und Bahn, keine Einkaufsmöglichkeiten und der Zugang zu den nächsten Haltestellen erfordert den Weg quer durch den Killesbergpark, was sich abends und nachts nicht wirklich anbietet. Ein Bezirksbeirat aus Feuerbach (nicht FDP) schlug dann einen Platz in unserem Stadtbezirk Nord als Ersatz für die Lenbachstraße vor. Nicht, dass uns für unsere Flüchtlingswohnheime im Norden nicht auch haufenweise aus unserer Sicht bestens geeignete Ersatzstandorte in Feuerbach einfallen würden. Aber diesem „Vorgehen“ schließen wir uns selbstverständlich nicht an. Die FDP-Bezirksbeiräte aus Feuerbach **Jürgen Reichert** und **Alexander Pross** haben sich jedenfalls engagiert für die Bürger eingesetzt. Wir bemühen uns darum, dass das geplante Flüchtlingswohnheim auch in unserem Bezirksbeirat behandelt wird. Rechtlich ist die Stadt bei bedeutenden grenznahen Vorhaben dazu ver-

pflichtet. Am 6. November 2024 um 18:30 Uhr gibt es derweil in der Freien Musikschule Feuerbach, Stuttgarter Straße 15 eine Informationsveranstaltung der Stadt zu Flüchtlingswohnheimen, insbesondere zu dem in der Lenbachstraße. Alle Einwohner aus Feuerbach und Nord sind dazu recht herzlich eingeladen.

MARTIN KÖRNER, LEITER DES GRUNDSATZREFERATS KLIMASCHUTZ, MOBILITÄT UND WOHNEN, ZU GAST IM BEZIRKSBEIRAT

In der letzten Sitzung vor den Sommerferien war **Martin Körner**, Leiter des Grundsatzreferats Klimaschutz, Mobilität und Wohnen, zu aktuellen Mobilitätsthemen im Stadtbezirk zu Gast im Bezirksbeirat Nord. Die FDP Stuttgart-Nord ist mir reichlich Themen aus dem Bereich Verkehr in den Gemeinderatswahlkampf gezogen. So etwa mit der Sanierung von Brücken, Straßen und Wegen, dem 10-Minuten-Takt auf der U5 zum Killesberg und einer neuen Buslinie zur besseren Erschließung des Wohngebietes an der Lenbachstraße und des Höhenfreibades.



→ Die Stadtgruppe Nord auf dem Stuttgarter Weindorf.

BESUCH IM BLAUEN HAUS

Die erste Sitzung des Bezirksbeirates nach den Sommerferien fiel mangels Tagesordnungspunkte aus. Stattdessen wurde ein Außetermin anberaumt. Dieses Mal ein Besuch im Blauen Haus des Förderkreises krebskranker Kinder e. V. am Herdweg gegenüber dem Olgahospital. **Prof. Dr. Stefan Nägele** und **Cornelia Völklein** haben uns über den Verein informiert und durchs Haus geführt.

Der Verein bietet nicht nur mit 7.500 Übernachtungen pro Jahr in 16 Apartments Unterkunft für Angehörige krebskranker Kinder während deren Aufenthalt im Olgäle. Er bietet auch vielfältig Beratung und finanziert mehrere Stellen im Krankenhaus, darunter Laborpersonal. Eine gute Einrichtung und eine beeindruckende Arbeit des Vereines!

Wie üblich war die FDP im Bezirksbeirat Stuttgart-Nord mit Angelika Barwasser und Wolf Dieter Dallinger bestens vertreten, die meisten anderen Parteien glänzten dagegen durch Abwesenheit, wie man dem Foto entnehmen kann.



→ **Angelika Barwasser und Wolf Dieter Dallinger beim Besuch im Blauen Haus.**

SOLIDE FINANZIERUNG DER SWSG

In der nächsten Sitzung des Bezirksbeirates ging es u. a. um einen Antrag der Linken, die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG) möge auf Mieterhöhungen verzichten. Natürlich haben wir als Liberale diesen Antrag abgelehnt, die SWSG muss sich schließlich solide refinanzieren. In vielen Belangen nimmt die städtische Tochter ihren sozialen Auftrag wahr. Sie mit unseriösen Forderungen in finanzielle Schwierigkeiten zu manövrieren konterkariert dieses.

INFOSTAND ZUM VOLKSBEGEHREN „LANDTAG VERKLEINERN“

Nach rund 30 Ständen der Stadtgruppe im Kommunalwahlkampf folgte unser erster Stand nach der Wahl. Bei der nächsten Landtagswahl könnte die Anzahl Abgeordneter im



→ **Unser Infostand zum Volksbegehren mit Armin Serwani, Angelika Barwasser, Claudia Schober und Wolf Dieter Dallinger.**

baden-württembergischen Landtag dank des neuen grün-schwarzen Wahlgesetzes von aktuell 154 auf bis zu 220 ansteigen. Das bedeutet bis zu 200 Million Euro Mehrkosten für die Wahlperiode 2026–2031. 200 sinnlos verprasste Millionen, die man z. B. in die weltbeste Bildung für alle Schüler investieren könnte.

Deshalb war die FDP Stuttgart-Nord am letzten Sonntag im September mit ihrem Stand beim Haupteingang des Killesbergparkes. Wir haben Bürgerinnen und Bürger über das Volksbegehren „Landtag verkleinern“ informiert und fleißig Unterschriften für das Volksbegehren gesammelt.

Hier gibt es alle Informationen zum Volksbegehren und das Formular zum Abstimmen: <https://www.fdpbw.de/volksbegehren>

JUBILAREHRUNGEN VON STADTGRUPPENMITGLIEDERN

Aus unserer Stadtgruppe Nord wurden auf der letzten Kreismitgliederversammlung der Ehrenvorsitzende des Kreisverbandes und kommunalpolitisches Urgestein **Armin Serwani** für 50 Jahre und unsere Bezirksbeirätin **Angelika Barwasser** für 25 Jahre Mitgliedschaft geehrt. Unser Fraktionsvorsitzender im Landtag **Dr. Hans-Ulrich Rülke MdL** hat es sich nicht nehmen lassen, die Jubilarrede für Armin höchstpersönlich zu halten.

Wir gratulieren ebenso **Almut** und **Dr. Reinhard Schwarz** zu jeweils 50 Jahren Mitgliedschaft. Beide konnten leider nicht auf der Kreismitgliederversammlung anwesend sein.

NEUER BEZIRKSBEIRAT IN SILLENBUCH



Andreas Lehrfeld
Stadtgruppenvorsitzender Sillenbuch

Am 26. September 2024 trafen sich die im Stadtbezirk Sillenbuch wohnenden Mitglieder im Restaurant CQ Flavour, um den Bezirksbeirat und den stellvertretenden Bezirksbeirat für den Stadtbezirk Sillenbuch zu wählen.

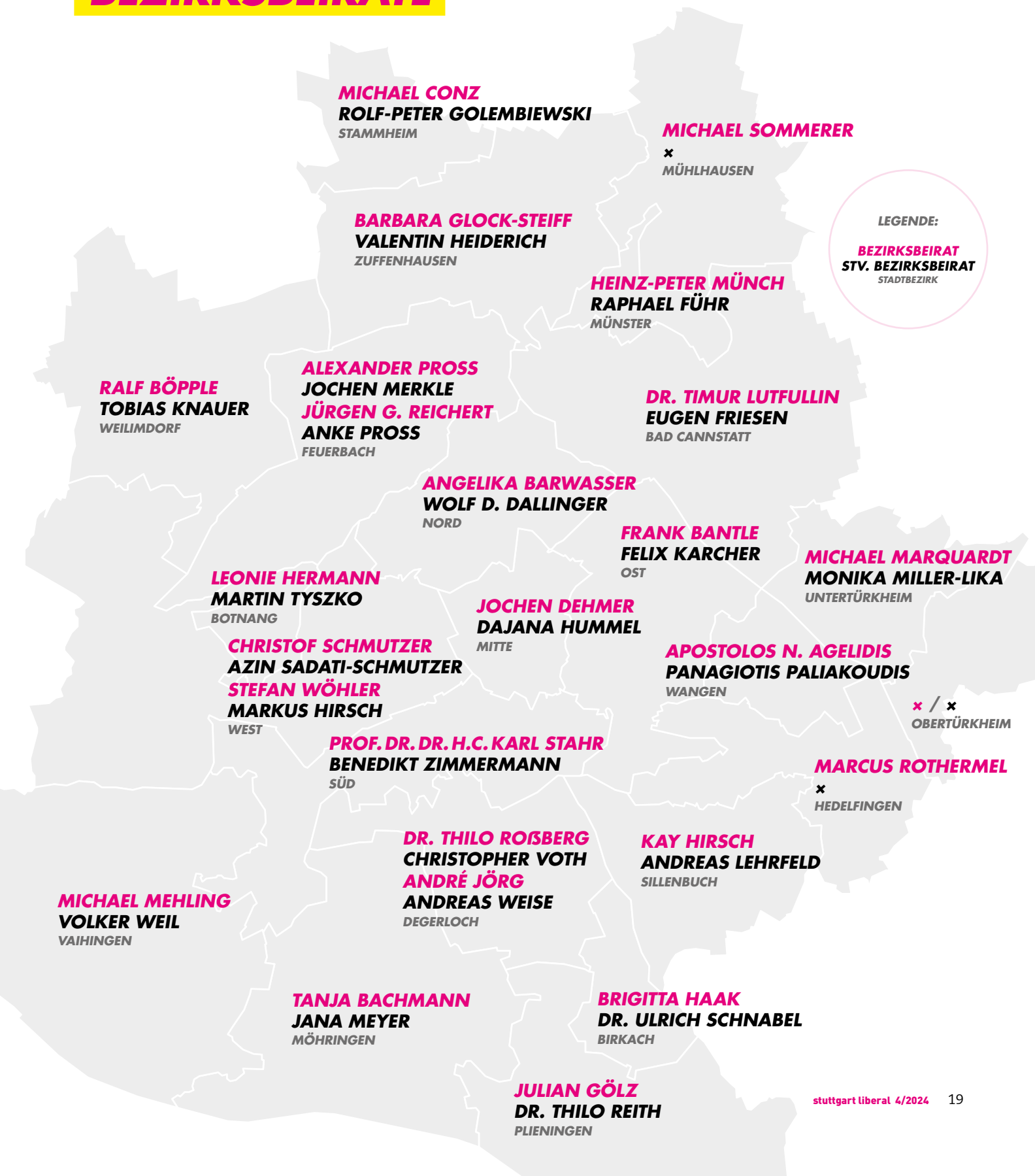
Als neuer Bezirksbeirat wurde **Kay Hirsch** gewählt, **Andreas Lehrfeld** wurde als stellvertretender Bezirksbeirat wiedergewählt. Herzlichen Glückwunsch an die beiden Gewählten und viel Erfolg bei der kommunalen Arbeit im Bezirksbeirat Sillenbuch!

Philipp Bubeck trat nicht mehr zur Wiederwahl als Bezirksbeirat an. Wir bedanken uns herzlich für seine gute und konstruktive Arbeit als Bezirksbeirat in Sillenbuch. Der weitere Abend stand im Fokus der anstehenden Aktivitäten im Stadtbezirk.



→ v.l.n.r.: Der neue Bezirksbeirat Kay Hirsch, sein Stellvertreter Andreas Lehrfeld und der ehemalige Bezirksbeirat Philipp Bubeck

DIE FRISCH GEWÄHLTEN BEZIRKSBEIRÄTINNEN UND BEZIRKSBEIRÄTE





**STADTRAT
DR. MATTHIAS OECHSNER**

BETREUUNGSSTADTRAT VON
» Stuttgart-Nord » Botnang » Feuerbach
» Vaihingen

Grundlage liberaler Kommunalpolitik ist eine solide Finanzpolitik. Die Pflichtaufgaben der Kommune stehen an erster Stelle und Wünsche müssen sich nach den Möglichkeiten richten. Es ist bereits jetzt festzustellen, dass die LHS Stuttgart kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem hat. Schier unüberschaubare Förderungen in unterschiedlichen Bereichen führen zu Ausgaben, welche die Einnahmen zu übertreffen drohen. Dem einfachen Reflex des Drehens an der Steuerschraube erteilen wir eine klare Absage. Es gilt in den kommenden Jahren alle freiwilligen Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen anstatt die Steuerzahler ohne Not zur Kasse zu bitten.

FUNKTIONEN VON DR. MATTHIAS OECHSNER

- › Fraktionsvorsitzender
- › Mitglied Ältestenrat
- › Mitglied Verwaltungsausschuss/Betriebsausschuss AWS
- › Mitglied Sozial- und Gesundheitsausschuss und Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Leben & Wohnen (ELW)
- › Mitglied Unterausschuss Sanierungsprogramm Schulen und Schulentwicklungsplanung des Verwaltungsausschusses
- › Mitglied Unterausschuss Konzessionsvergabe
- › Mitglied Unterausschuss Abfallwirtschaft
- › Mitglied Auswahlkommission Ehrenplakette
- › Mitglied Personalbeirat
- › Mitglied Beirat des Vereins Altes Schauspielhaus und Komödie im Marquardt e.V.
- › Mitglied Beirat Theater der Altstadt e.V.
- › Mitglied Beirat Theater Die Rampe e.V.
- › Mitglied Aufsichtsrat in.stuttgart Veranstaltungsgesellschaft mbH & Co.KG



**STADTRAT
ERIC NEUMANN**

BETREUUNGSSTADTRAT VON

» **Stuttgart-West** » **Birkach** » **Plieningen**
 » **Degerloch** » **Untertürkheim** » **Obertürkheim**
 » **Möhringen**

Das Wort „Mikromanagement“ beschreibt ein Führungsverhalten, das von sehr starker Detailorientierung, Kontrolle und fehlendem Vertrauen geprägt ist. 1.300 Anträge in den letzten Haushaltsverhandlungen, unzählige Unterausschüsse und Arbeitskreise mit kleinsteiligen Themenstellungen und ein unüberschaubares Dickicht aus Auflagen und Regelungen zeigen die Wirkung dieses Verhaltens im Gemeinderat. Ich setze mich für eine Kommunalpolitik ein, die strategisch denkt, Rahmen setzt und vor allem ausreichend Luft zum Ermöglichen und zum Umsetzen lässt.

FUNKTIONEN VON ERIC NEUMANN

- › Stv. Fraktionsvorsitzender
- › Mitglied Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen/Bäderausschuss
- › Mitglied Unterausschuss Entwicklungskonzession Wirtschaftsflächen für Stuttgart
- › Mitglied Unterausschuss Wohnungsbau
- › Mitglied Unterausschuss IBA '27
- › Mitglied Internationaler Ausschuss
- › Mitglied Ausschuss für Digitalisierung und Organisationsentwicklung (Digo)
- › Mitglied Ausschuss für Kultur und Medien
- › Mitglied Beirat für den Stuttgarter Stadtwald
- › Mitglied Beirat für Menschen mit Behinderung
- › Mitglied Beirat StadtPalais – Museum für Stuttgart
- › Mitglied Runder Tisch Hotel Silber
- › Mitglied Beirat des Renitenztheaters Stuttgart e.V.
- › Mitglied Beirat des Theaterhauses e.V.
- › Mitglied Beirat FITZ! Zentrum für di Figurentheater Stuttgart e.V.
- › Mitglied Aufsichtsrat der Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft mbH (SWSG)



**STADTRAT
DR. CORNELIUS HUMMEL**

BETREUUNGSSTADTRAT VON

**» Stuttgart-Mitte » Stuttgart-Süd » Mühlhausen
» Münster » Sillenbuch**

Wir retten die Einkaufsstraßen!
Der zunehmende Leerstand in den Einzelhandelslagen der Einkaufsstraßen der Innenstadt, aber auch in den Außenbezirken, ist besorgniserregend. Im Zentrum benötigen wir schnellere Genehmigungsverfahren bei der Umnutzung von Einzelhandel zu Gastronomie oder Dienstleistung. Gute Erreichbarkeit mit Auto, ÖPNV, Rad oder zu Fuß muss sichergestellt werden. Dabei darf es keinen Kulturkampf um die Parkplätze geben, die wir dringend benötigen. In den Außenbezirken muss die Nahversorgung von der Stadt unterstützt werden. Aber auch neue Lösungen wie Verkaufswagen oder Lieferung können ein Weg zur Sicherung der Nahversorgung vor Ort sein.

FUNKTIONEN VON DR. CORNELIUS HUMMEL

- › Mitglied Ausschuss für Stadtentwicklung, Technik und Verkehr (STA) und Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Stuttgart (SES)
- › Mitglied Jugendhilfeausschuss
- › Mitglied Unterausschuss Leonhardsviertel
- › Mitglied Unterausschuss Bestattungskultur und Friedhöfe
- › Mitglied Unterausschuss Mobilität
- › Mitglied Sportausschuss
- › Mitglied Ausschuss Stuttgart 21/Rosenstein
- › Mitglied Vergabeausschuss Zukunft der Jugend
- › Mitglied Vergabeausschuss Qualitätsentwicklungsfonds
- › Mitglied Arbeitskreis Spielplätze
- › Mitglied Städtebauausschuss
- › Mitglied Beteiligungsbeirat
- › Mitglied Schulbeirat
- › Mitglied Beirat der Stuttgarter Frauenhäuser und Beratungsstellen gegen Häusliche Gewalt an Frauen
- › Mitglied Jury für den Molfenterpreis
- › Mitglied Beirat Treffpunkt Rotebühlplatz
- › Mitglied Aufsichtsrat der Volkshochschule Stuttgart
- › Mitglied Beirat Kinder- und Jugendkultur (JES)
- › Beirat Theater tri-bühne e.V.
- › Mitglied Verwaltungsrat der Kommunalanstalt Klinikum der Landeshauptstadt Stuttgart



**STADTRAT
FRIEDRICH HAAG**

BETREUUNGSSTADTRAT VON

» **Stuttgart-Ost** » **Bad Cannstatt** » **Hedelfingen**
» **Wangen** » **Stammheim** » **Weilimdorf**

Für eine Mobilitätspolitik, in der alle Verkehrsmittel ihre Berechtigung haben, der motorisierte Individualverkehr aber nicht ausgegrenzt wird. Die Innenstadt muss mit dem Pkw erreichbar bleiben. Wir müssen in allen Stadtbezirken Wohnungen, Flächen für Unternehmen und attraktive Zentren schaffen. Baubehörden müssen schneller, digitaler und effizienter werden. Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste verdienen beste Personalausstattung und neueste Technik, damit die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger gewährleistet ist.

FUNKTIONEN VON FRIEDRICH HAAG

- › Mitglied Ausschuss für Klima und Umwelt
- › Mitglied Beirat für Gleichstellungsfragen
- › Mitglied Beirat des Verkehrsvereins Pro Stuttgart e.V.
- › Mitglied Mitgliederversammlung des Fördervereins Stuttgarter Jugendhaus e.V.
- › Mitglied Ständiger Ausschuss des Kommunalen Arbeitskreis Filder (KAF)
- › Mitglied Kuratorium zur Verleihung der Otto-Hirsch-Auszeichnung
- › Mitglied Aufsichtsrat der Stadtwerke Stuttgart GmbH

MIT NEU GEWÄHLTEM VORSITZENDEN IST DIE REGIONALVERSAMMLUNG IN DIE HAUSHALTSBERATUNGEN GESTARTET



Gabriele Heise
Regionalrätin

Am 18. September 2024 ist die im Juni neu gewählte, 7. Regionalversammlung erstmals zusammengetreten. Sie besteht aus 92 Mitgliedern – 30 Regionalrätinnen und 62 Regionalräten. In dieser konstituierenden Sitzung hat sie den langjährigen Regionalrat und Europaabgeordneten der CDU, **Rainer Wieland** (Gerlingen) zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Rainer Wieland, der auf den langjährigen Vorsitzenden **Thomas Bopp** (Stuttgart) folgt und einziger Kandidat für den Vorsitz war, hat in seiner Bewerbungsrede betont, dass die Regionalversammlung gut beraten sei, auch künftig an ihrem Weg festzuhalten, umstrittene Entscheidungen sachlich und breit unterstützt zu treffen. Entscheidend sei nicht, von wem ein Vorschlag komme, sondern wohin er führe, so Wieland. Er verstehe sich als Vorsitzender der gesamten Regionalversammlung und als Teamplayer der stets für alle Regionalräte ein offenes Ohr habe. Als Schwerpunkte für die Arbeit der Regionalversammlung nannte er die Digitalisierung des Knotens Stuttgart und seine Ausrüstung mit ECTS, den Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Region und die konstruktive Begleitung der Transformation der Wirtschaft durch den Verband.

Zu seinen beiden Stellvertretern wurden **Ingrid Gritschenko** (Grüne) und **Rainer Gessler** (Freie Wähler) wiedergewählt – sie bildeten bereits das Stellvertretergespann unter dem bisherigen Vorsitzenden Thomas Bopp.

Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Verbandes überbrachte Landesinnenminister **Thomas Strobl** die Grüße der Landesregierung und betonte in seiner kurzen Ansprache die Bedeutung der Region als Bindeglied zwischen Kommunen und Land.

Bereits eine Woche nach der konstituierenden Sitzung hat Regionaldirektor **Dr. Alexander Lahl** in der Regionalversammlung am 25. September 2024 den Haushaltsentwurf für 2025 eingebracht. Danach sollen Investitionen in Höhe von rund 500 Mio. € getätigt werden, insbesondere in die S-Bahn.

Trotz der bestehenden Schwierigkeiten mit Blick auf Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit soll sie weiter ausgebaut und modernisiert werden. Zudem wird in der laufenden Legislatur ein neuer S-Bahn-Vertrag vergeben werden, was den Verkehrsausschuss und die Regionalversammlung zukünftig noch intensiv beschäftigen wird.

Nach dem vorgelegten Entwurf soll die Kreditaufnahme 2025 insgesamt mit 23,2 Mio. € um 11 Mio. € geringer ausfallen als 2024. Auf den Verkehrsbereich sollen davon 13,1 Mio. € entfallen, auf den Verbandshaushalt im Übrigen 10,1 Mio. €.

Die Verbandsumlage, die von den Städten und Gemeinden zu tragen ist, soll insgesamt leicht um 0,6% auf 99,87 Mio. € sinken. Zwar sind für 2025 um knapp 10% höhere Zuweisungen u.a. an die Wirtschaftsförderung vorgesehen, um durch Fördermaßnahmen die Transformation der Wirtschaft zu unterstützen, allerdings sinkt die Verkehrsumlage, die den Löwenanteil ausmacht, um rund 5% auf knapp 68 Mio. €. Diese Senkung ist aber nicht auf höhere Fahrgeldeinnahme der S-Bahn oder geringere Investitionskosten zurückzuführen, sondern allein darauf, dass weniger Zahlungen vom Verband an die S-Bahn zu leisten da, da baustellenbedingt weniger Züge fahren können und mithin auch nur weniger Züge vom Verband zu bezahlen sind. Was



→ v.l.n.r.: Die neue FDP-Fraktion: **Osman Dömez (Esslingen)**, **Kai Buschmann (Ludwigsburg, Fraktionsvorsitzender)**, **Albrecht Braun (Böblingen)**, **Gabriele Heise (Stuttgart)**, **Hartfrid Wolff (Rems-Murr-Kreis)**

also der Verbandskasse hilft, geht zum Nachteil der Fahrgäste – ein Zustand, den wir als Regionalräte lieber anders sehen würden.

Da die traditionellen Säulen des Automobil- und Maschinenbaus die Bedürfnisse und Herausforderungen der Zukunft nicht mehr alleine erfüllen kann, muss sich die Region Stuttgart wirtschaftlich stärker diversifizieren, um zukünftig resilienter zu sein und den zukünftigen Herausforderungen besser begegnen zu können. Eine wichtige Rolle soll hierbei nach dem Willen des Verbandes die BioRegion STERN Management GmbH spielen. Diese Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist gut vernetzt und hat in den vergangenen 20 Jahren ein System der Gesundheits-, Medizin- und Biotechnologie in der Region aufgebaut. Geplant ist seitens des Verbandes, diese Entwicklung mit einem Förderprogramm in Höhe von 2,5 Mio. € in den kommenden fünf Jahren zu unterstützen, damit vor allen Dingen Start-ups Zugang zu Netzwerken und Inkubatoren erhalten.

Im Bereich der Regionalplanung wird der Schwerpunkt der Verbandsarbeit in den kommenden fünf Jahren auf der Teilfortschreibung des Regionalplanes im Bereich Windenergieanlagen und Freiflächen-Fotovoltaik liegen. Die entsprechenden Aufstellungsbeschlüsse der Regionalversammlung für beide Bereiche haben zwischenzeitlich öffentlich ausgelegen, zahlreiche Stellungnahmen sind dazu eingegangen, vor allen Dingen mit Blick auf die geplanten Ausweisungen von Vorrangflächen für Windenergie. Die Auswertung durch die zuständige Planungsabteilung der Verbandsverwaltung läuft noch.

Die Fraktionen werden nun ihre Haushaltsanträge formulieren und sie in die Regionalversammlung am 23. Oktober 2024 einbringen. Im November werden die Anträge dann in den drei Ausschüssen jeweils beraten, in der Regionalversammlung am 18. Dezember 2024 soll der Haushalt inklusive der Vorschläge der Fraktionen verabschiedet werden. Es wird also für uns Regionalräte ein arbeitsintensiverer Herbst werden.

Wir Liberalen werden nicht nur eigene Haushaltsanträge, vor allen Dingen im Verkehrsbereich, einbringen, sondern auch genau hinschauen, wo Einsparungen möglich sind. Auch, wenn der Haushaltsentwurf 2025 insgesamt etwas weniger Ausgaben vorsieht als der des noch laufenden Jahres sind die Kosten, vor allen Dingen im ÖPNV, nach wie vor sehr hoch. Angesichts knapper Kassen der Kommunen und zu erwartender weiter sinkender Einnahmen, vor allen Dingen aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage in der Region, müssen wir darauf achten, dass die Kommunen nicht durch hohe Umlagen überfordert werden. Ihnen müssen noch hinreichend Mittel bleiben, um ihre Aufgaben vor Ort gut erfüllen und auch noch gestaltend tätig sein zu können – alles andere wäre mit dem Subsidiaritätsprinzip nicht vereinbar und würde unserer Demokratie schaden.

AKTIV GEGEN EINE LEA UND UNTERWEGS IM WAHLKREIS



Friedrich Haag
MdL

Das Ministerium der Justiz und für Migration prüft jetzt sogar fünf Standorte zur möglichen Einrichtung einer Landeserstaufnahmestelle (LEA) für Flüchtlinge. Alle Objekte halte ich für maximal ungeeignet lehne die Ansiedlung einer LEA in Stuttgart generell ab. Wir brauchen in der Stadt doch dringend Flächen für Wohnen und Arbeiten – hierfür wären die ins Auge gefassten LEA-Standorte prädestiniert. Auf dem Eiermann-Campus in Vaihingen (Pascalstr. 100) sowie dem Schoettle-Areal in Heslach (Böblinger Str. 68) wird den Menschen seit Jahren versprochen, hier neue Wohnungen zu schaffen. Das Gelände in Bad Cannstatt (Neckartalstr. 153/155) würde sich zudem optimal zur Nutzung als Gewerbefläche eignen. Dass fünf Standorte für die Landesregierung für eine LEA in Betracht kämen und für die Standorte Obertürkheim (Augsburger Str. 712) und Weilimdorf (Mittlerer Pfad 13–15) bereits Bauvoranfragen laufen, erfuhr ich über Kleine Anfragen an die Landesregierung. Jedes Mal kommen neue Informationen dabei heraus – auch, dass das Land seine versprochene „Politik des Gehörtwerdens“ in keinsten Weise umsetzt. Proteste aus Bürgerschaft und Lokalpolitik werden ignoriert. In ihrem letzten Schreiben erwähnt Migrationsministerin Gentges, die Bürger vor Ort miteinzubinden. Für Stuttgart ist das eine glatte Lüge.

Bei den vom Land untersuchten Standorten handelt es sich zudem um große, zentrale Flüchtlingsunterkünfte, die im Widerspruch zu dem bewährten „Stuttgarter Weg“ stehen, der auf eine stadtteilbezogene, kleinteilige Unterbringung und individuelle Betreuung setzt. Mit einer LEA würde sich die teilweise kritische Sicherheitslage in Stuttgart noch weiter verschlechtern, insbesondere im unmittelbaren Umfeld in den Stadtbezirken. Das weiß auch die Landesregierung, sonst würde sie nicht an den diskutierten LEA-Standorten

eine eigene Polizeiwache inklusive Sicherheitskonzept planen. Im Landtag und gemeinsam mit der FDP-Gemeinderatsfraktion im Rathaus werde ich weiter dafür kämpfen, dass keine LEA nach Stuttgart kommt. Zwei weitere Kleine Anfragen zu allen fünf Standorten und eine zum Objekt in Bad Cannstatt sind bereits gestellt.



→ Auch dieses Objekt in Bad Cannstatt befindet sich in der LEA-Prüfung durch das Land

IM GESPRÄCH MIT SCHAUSTELLERN

Das diesjährige Cannstatter Volksfest war wieder bestens besucht. Wir können in Stuttgart stolz auf dieses Superereignis sein, aber auch auf die rund 300 Schausteller, Gastronomen und Festzeltwirte, die alles möglich machen. Beim traditionellen Schausteller-Frühstück in der Almhütte Royal von Nina Renoldi kamen Politiker mit den Wasen-Profis zusammen. Der Kontakt zu den Familienunternehmen ist mir wichtig, viele stammen aus Stuttgart und die Branche hatte enorm unter den Corona-Bedingungen zu leiden. Mark Roschmann, Vorsitzender des Schaustellerverbandes

Südwest Stuttgart, stellte in seiner Ansprache klar: den Schaustellerberuf kann man nicht ersetzen. Trotz mittlerweile hoher Kosten und Personalmangel geben seine Kollegen und er jeden Tag alles dafür, den Besuchern ein schönes Volksfest zu ermöglichen. Ein Thema auf dem Wasen war auch das Sicherheitskonzept. Dieses Jahr waren knapp 2.400 Polizeibeamte vor Ort, zum Einsatz kamen erneut Videoüberwachung und eine App, mit der Besucher sicherheitsrelevante Vorfälle auf dem Gelände und in den Zelten direkt an die Polizei melden können.



→ Beim Schausteller-Frühstück mit Dr. Reinhard Löffler Mdl., Mark Roschmann und Tobias Vogt Mdl. (v.l.)

NACHWUCHS-FEUERWEHRLEUTE IM LANDTAG

Der Grundausbildungslehrgang der Berufsfeuerwehr Stuttgart hat mir einen Besuch im Landtag abgestattet. Darüber habe ich mich sehr gefreut, denn wir brauchen jetzt und in Zukunft motivierte und bestens ausgebildete Feuerwehrfrauen und -männer in der Landeshauptstadt. Sie sorgen für unsere Sicherheit und sind rund um die Uhr im Einsatz. Die Gruppe hatte das Glück, dass ihr Besuch auf einen Tag fiel, an dem Debatten im Plenum stattfanden. Was meine Gäste interessierte: Wie beeindruckend ist die Arbeit der Stenografen im Landtag? Wann klatscht wer für wen Beifall? Wie will die FDP die innere Sicherheit wieder herstellen? Ehe ich die Feuerwehrleute verabschiedete, wünschte ich allen natürlich viel Erfolg bei den nächsten Prüfungen.



→ Foto mit den zukünftigen Berufsfeuerwehrleuten

GRÜNER TUNNEL ENTLASTET PENDLER

Der Nordosten von Stuttgart ist ein Stau-Schwerpunkt. Insbesondere die Routen von Ludwigsburg, Kornwestheim und Zuffenhausen in den Landkreis Rems-Murr sind ständig überlastet. Betroffen davon sind Tausende von Berufspendlern, aber auch Unternehmen und die Logistikbranche. Eine Lösung wäre das Projekt „Grüner Tunnel“, angestoßen vom Unternehmer Dr. Rüdiger Stihl und unterstützt von rund 50 namhaften Firmen aus der Region. Mercedes, Mahle und Trumpf gehören dazu, ebenso Mann + Hummel, Kärcher oder die LBBW. Der Tunnel zwischen Kornwestheim und Fellbach/Waiblingen wäre eine Alternative zum oberirdischen „Nordostring“, der im Bundesverkehrswegeplan 2030 (BVWP) mit dem Status „weiterer Bedarf mit Planungsrecht“ eingestuft ist und bereits viele Gegner mobilisiert hat. Die FDP-Landtagsfraktion hat sich nun einstimmig für den Tunnel ausgesprochen. Er entlastet den Nordosten Stuttgarts vom Verkehr, sichert den Wirtschaftsstandort und die Lebensqualität entlang der Strecke und schützt die Natur. Auch politisch werden wir alles dafür tun, damit das Infrastrukturprojekt zeitnah realisiert wird. So werden wir für den neuen Landeshaushalt eine Planungsrate von knapp fünf Millionen Euro für den „Grünen Tunnel“ beantragen. Er hätte eine Länge von rund 10,7 km, vier Fahrspuren und fünf Anschlüsse. Alles über das Projekt unter www.gruener-tunnel.de



→ Streckenverlauf der unterirdischen Lösung für den Nordostring.

NEUBAU DER GARTENBAUSCHULE KOMMT

Der Neubau der Staatsschule für Gartenbau und des künftig größten Forschungsgewächshauses in ganz Deutschland in Stuttgart-Hohenheim ist ein wichtiger Baustein für die Zukunft des Forschungs- und Lehrstandorts Baden-Württemberg. Die bisherigen Gebäude sind viel zu alt. Aus einer Kleinen Anfrage erfuhr ich, dass im Haushaltsplan 2025/26 die erforderlichen Mittel für den ersten Bauabschnitt (ca. 56,1 Mio. Euro) eingestellt sind. Die Bauunterlagen dafür wurden

ebenfalls genehmigt. Endlich geht es voran, und das Land hat den Investitionsbedarf für diese wichtige Kaderschmiede erkannt. Schon seit Jahren setzt sich die FDP-Landtagsfraktion dafür ein, dass der Garten- und Landschaftsbau an der Uni Hohenheim moderne neue Räume bekommt. Jetzt sollte sich das Land aber keine Trägheit erlauben, damit der angedachte Baubeginn 2025 auf dem Campus West auch tatsächlich umgesetzt werden kann. Sonst verzögert sich das gesamte Projekt nach hinten, inklusive möglicher Kostensteigerungen.

KUNSTGEBÄUDE NOCH OHNE GASTRO

Im April 2024 eröffnete das bekannte Stuttgarter Ausstellungsgebäude nach dreijähriger Sanierung. Die Innen- und Außenflächen der Gastronomie stehen in der Landesimmobilie jedoch weiterhin leer. Erst wurde es mit dem vom Land im Frühjahr angekündigten Pop-up-Betrieb während der Fußball-EM nichts. Das neue Pächtertrio will jetzt im Frühjahr 2025 starten. Ich habe deshalb eine weitere Kleine Anfrage gestellt, zumal letztendlich nur acht Bewerbungen für die Gastronomie im Kunstgebäude eingegangen sind. Was mich interessierte, sind Hintergründe zum Vergabeprozess (Auswahl, Vertragsabschluss, Übergabe sowie Eröffnung), sowie die Kosten der Gastrofläche. Leider läuft hier alles wie beim früheren „Grand Café Planie“, wo sich die Suche nach einem neuen Betreiber viel zu lange hinzog und das Land wenig Interesse zeigte, schneller zu agieren. Auch dieses Mal konnte die Landesregierung mir immer noch keinen Termin für die Neueröffnung nennen und weist die Verantwortung von sich: Die Verzögerungen seien unter anderem auf die Mobiliar- und Personalgewinnung des Pächters zurückzuführen.



→ Restaurant und Café im Gebäude? Noch Fehlanzeige

25 JAHRE HÖHENRETTUNGSGRUPPE DER FEUERWEHR STUTTGART

Im Juli 1998 ging die Höhenrettung der Berufsfeuerwehr Stuttgart offiziell in Dienst. Die Feuerwehr erweiterte dadurch ihr Portfolio im Bereich der Rettung aus Höhen und Tiefen sowie beengten Räumen. In zahlreichen Einsätzen konnte die Sonderheit bereits viele Menschenleben retten. Gern bin ich der Einladung zur Feier anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Höhenrettung in der Feuer- und Rettungswache 5 in Möhringen gefolgt. Vor Ort habe ich allen Feuerwehrleuten meinen Dank für ihren täglichen Einsatz, ihren Mut und ihr technisches Können ausgesprochen. Wir können froh sein, eine solch hoch spezialisierte und leistungsstarke Einheit in unserer Stadt zu haben, die für Sicherheit in Höhe und Tiefe sorgt.



→ Die Höhenretter bei der Feier zum 25-jährigen Jubiläum

ILLEGALE MIGRATION VERHINDERN, AUTOINDUSTRIE RETTEN



Friedrich Haag
MdL

ÜBER 2.200 GEDULDETE MENSCHEN IN STUTTGART

Wenn eine Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern und anderen Personen nicht zeitnah erfolgen kann, wird eine sogenannte Duldung erteilt. Laut meiner Anfrage an die Landesregierung waren zum 31. Juli insgesamt 2.232 geduldete Menschen in Stuttgart registriert, die eigentlich abgeschoben werden sollten. Diese Zahl ist viel zu hoch! Die Landesregierung muss bei der angekündigten Beschleunigung der Abschiebungen von Ausreisepflichtigen, der Ausweitung der Straftatbestände, die zu Abschiebungen führen, und der Aufstockung des Personals bei Staatsanwaltschaften und Asylkammern jetzt schnell in die Umsetzung kommen. Der 30-Punkte-Plan des Kabinetts gegen islamistischen Terror und irreguläre Migration lässt noch zu wünschen übrig. So sind einige der als neu präsentierten Ideen längst beschlossene Sache und schon im neuen Haushalt vorgesehen. Für andere Maßnahmen steht dagegen noch keine Finanzierung. Von diesem Etikettenschwindel lassen wir uns nicht täuschen. Die Landesregierung sollte schnell darlegen, wie die fehlenden rund 18 Millionen Euro finanziert werden. Das geplante Anti-Terror-Zentrum wird sich zudem beweisen müssen: Dessen konkrete Ausgestaltung erscheint unklar. Trotz all dieser Maßnahmen wäre es am besten, wenn Personen wie der Messerstecher von Solingen erst gar nicht in unser Land gelangen würden. Wer sich nicht an die Gesetze hält, hat jeden Anspruch auf Unterbringung von vornherein verwirkt. Wer auf dem Landweg nach Deutschland einreist, der muss zwangsläufig durch einen sicheren EU-Mitgliedsstaat kommen. In diesen Fällen ist das Asylverfahren auch in eben jenem Staat durchzuführen. Wer sich trotzdem auf den Weg zu uns macht, missbraucht die geltenden Asylregeln. Als FDP-Fraktion haben wir dazu einen Entschlie-

ßungsantrag gestellt: Die Landesregierung soll sich mittels Bundesratsinitiative dafür einsetzen, „Dublin-Flüchtlinge“ an den deutschen Grenzen konsequent zurückzuweisen. Das unterbindet illegale Migration, entlastet Kommunen und Haushalte und stärkt die innere Sicherheit.

VERBRENNERVERBOT UND CO₂-FLOTTENREGULIERUNG SCHADEN DEM STANDORT BW

Krise bei VW, Entlassungen bei ZF in Friedrichshafen, wirtschaftliche Sorgen bei zahlreichen Kfz-Zulieferern und Dienstleistern im Land, immer mehr Insolvenzen. Der Hauptauslöser: Der von den Grünen forcierte Zwang zu einer „All electric“-Strategie. In meine Rede im Landtag zum Thema „Zukunft der Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg“ machte ich klar: Eine rein ideologisch motivierte „Antriebswende“, wie sie die Grünen versuchen mit allen Mitteln durchzudrücken, gleicht beinahe aktiver Sterbehilfe für unsere Automobilindustrie. Fakten, Zahlen und Kundenwünsche sprechen eine ganz andere Sprache. Die grün geführte Landesregierung gibt sogar selbst zu, dass es bis 2040 in Baden-Württemberg zu einem Wegfall von bis zu 47 Prozent der Beschäftigung im Kfz-Gewerbe kommen kann. Deshalb muss endlich das völlig unsinnige faktische EU-Verbot von Neufahrzeugen mit Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2035 abgeschafft werden. Dafür sollte sich die Landesregierung stark machen.

Als Sprecher für individuelle Mobilität der FDP-Fraktion warnte ich in meiner Rede außerdem vor den alarmierenden Strafzahlungen, die durch die CO₂-Flottengrenzwerte schon im nächsten Jahr drohen. Sie sind das Ergebnis einer vollkommen realitätsfernen und fehlgeleiteten Politik und



→ Bei der Plenardebatte ging es um die Zukunft der Autoindustrie bei uns

gehören deshalb dringend abgeschafft! Der dramatisch verschärfte Wettbewerb vor allem mit China lässt es in keiner Weise zu, Milliardensummen aus unserer Fahrzeugindustrie abzugreifen. Jeder einzelne Euro fehlt dann für Zukunftsinvestitionen. Das gefährdet Wohlstand und Arbeitsplätze und stärkt extremistische Parteien.

Was staatliche Förderprogramme langfristig bringen, sieht man in Baden-Württemberg: Verkehrsminister Hermann setzt ein E-Förderprogramm nach dem anderen auf – ohne nennenswerten Erfolg, dafür mit massiv Geld der Steuerzahler. Aktuell machen vollelektrische E-Autos gerade mal rund drei Prozent des Pkw-Bestands im Südwesten aus. Über 90 Prozent der Fahrzeuge haben dagegen einen Verbrennungsmotor. Wir als FDP werden deshalb weiter für einen zukunftsfähigen Kurs kämpfen, der unsere Industrie und die Arbeitsplätze sichert. Deshalb müssen wir den Hochlauf von synthetischen, klimaneutralen Kraftstoffen endlich voranbringen. Damit lässt sich sofort die gesamte Bestandsflotte betanken, und der Verbrenner hat eine Zukunft. Das Land könnte mit gutem Beispiel vorangehen und seine Dienstflotte mit HVO 100 betanken. Mit über 90 Prozent CO₂-Einsparung gelänge so ein wirklicher Beitrag zum Klimaschutz. Tipp: Sie können meine Rede im Wortlaut und als Video lesen bzw. anschauen. Die Links finden Sie auf meiner Webseite unter www.friedrich-haag.de/reden/

BEI DER GRUNDSTEUER NACHJUSTIEREN

Die neuen Grundsteuerbescheide sind auch bei den Hausbesitzern in Stuttgart angekommen und sorgen für Überraschung. Es gibt Verlierer und Gewinner. Auch wenn die Stadt den Hebesatz senken wird, um die Gesamteinnahmen bei

rund 160 Mio. Euro pro Jahr zu halten, trifft es eine Gruppe besonders hart: Eigentümer und Mieter, deren kleine Immobilien auf großen Grundstücken stehen, die einen hohen Bodenrichtwert aufweisen. Steuerbescheide weisen Steigerungen von bis zu mehreren tausend Prozent aus. Auch mich erreichen Briefe von verärgerten Privatpersonen. Es kann nicht sein, dass gerade die Hausbesitzer belastet werden, die ihre eigene Immobilie pflegen, als Alterssicherung nutzen und sogar noch Wohnraumvermietungen durchführen. Ebenso darf die Neuberechnung nicht dazu führen, dass Gewerbe- und Industriegebäude entlastet und nur Wohnungsbesitzer mehr zahlen sollen. Es wird immer deutlicher – die Grundsteuerreform ist gescheitert. Leidtragende des handwerklich schlecht gemachten Gesetzes sind Bürger und Kommunen. Der vor allem von grüner Ideologie getriebene Sonderweg gegen das Einfamilienhaus ist gescheitert und mutiert zu einem Bürokratiemonster erster Güte. Ausbaden müssen dies die Steuerzahler, obwohl der Fehler beim Gesetzgeber und den Landesbehörden liegt. Es wäre es an der Zeit, endlich zu handeln und die Grundsteuerreform grundlegend zu überarbeiten. Das derzeitige Modell ist teuer, unfair und basiert auf einer nicht geeigneten Datengrundlage. Als FDP-Fraktion halten wir diese Forderung weiter aufrecht.

GRUNDERWERBSTEUER – WENIGER IST MEHR

Die Grunderwerbsteuer von derzeit 5% belastet die Neubaunachfrage und bremst den Wohnungsbau in Baden-Württemberg aus. Viele potenzielle Käufer schrecken diese Zusatzkosten ab. Dabei wäre es so einfach, hier etwas zu ändern und vor allem junge Menschen beim Immobilien-erwerb zu entlasten und gleichzeitig den Aufschwung der



→ **Auf viele private Immobilienbesitzer kommen mit der neuen Grundsteuer Mehrkosten zu.**

Baubranche zu fördern. Die Landesregierung redet zwar dauernd davon, Bauen und Wohnen anzukurbeln – doch sie macht nichts. Dabei liegt das Instrument auf der Hand: Grunderwerbsteuer senken und zwar sofort. Als FDP-Fraktion fordern wir schon lange einen Steuersatz von 3,5%! Eine neue Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft schlägt sogar eine Reduzierung auf 2,5% vor. Dies würde dann zu 9% mehr Bautätigkeit führen. Die prognostizierten Einnahmeausfälle in Höhe von 436 Millionen Euro seien günstiger als der direkte staatliche Wohnungsbau, welcher Kosten von 1,5 Milliarden verursachen würde.

LANDESMOBILITÄTSGESETZ BELASTET BÜRGER UND WIRTSCHAFT

Das Kfz-Gewerbe in Baden-Württemberg rechnet durch die im Landesmobilitätsgesetz aufgeführte Kfz-Halterabgabe mit erheblichen bürokratischen und finanziellen Belastungen. Sollte dieses Finanzierungsinstrument für den ÖPNV kommen, dann wäre das ein Dammbruch nicht nur für das Kfz-Gewerbe. Auch alle anderen Unternehmen, die Firmenwagen vorhalten, würden erheblich belastet – und natürlich Bürgerinnen und Bürger, die ein Auto auf sich angemeldet haben. Als FDP sagen wir klipp und klar: Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg verträgt keine weiteren Belastungen. Wir brauchen auch keine staatlich alimentierten Radkoordinatoren für jeden Landkreis. Für diese sollen die Steuerzahler anfangs 4,6 Millionen bezahlen. Ohnehin kommt das Landeskonzept Mobilität und Klima nicht voran, wie das Verkehrsministerium selbst zugeben musste: So lag im ersten Quartal 2024 der Kfz-Verkehr um 2,5 Prozent über dem Wert des Jahres 2010. Der „KlimaMobilitätsMonitor“ zeigt deutlich, dass die Zielsetzungen des Landes völlig an der Praxis vorbeigehen und Minister Hermann falsch liegt, wenn er das Mobilitätsverhalten mit Verboten und Verteuerungen ändern will und Klimaziele als Grund nennt. Wenn er glaubt, eine Erhöhung von Parkgebühren führt zu mehr ÖPNV, liegt er völlig falsch. Nur weil das Parken teurer wird, werden Busse und Bahnen weder schneller noch verlässlicher noch im Takt dichter. Auch erreicht er mit E-Zonen lediglich, dass individuelle Mobilität ein Privileg für Besserverdienende wird. 2,5 Prozent mehr Autoverkehr wie vor 14 Jahren beweist doch sehr deutlich, dass die Attraktivität des ÖPNV nicht wesentlich besser geworden ist.



→ **Privilegierung von E-Auto-Fahrern ist schlechte Mobilitätspolitik**

ENDE GUT, ALLES GUT: FLUGHAFENTUNNEL-SPERRUNG IST VOM TISCH



Friedrich Haag
MdL

DANK HARTNÄCKIGKEIT UND MOBILISIERUNG VIELER AKTEURE IST ES DER FDP GELUNGEN, EINE TEILSPERRUNG DES TUNNELS FÜR AUTOS ZU VERHINDERN. DENNIS BIRSTOCK MDL UND ICH WAREN ZWEI JAHRE LANG AKTIV. HIER DIE CHRONOLOGIE:

2022

Das Regierungspräsidium Stuttgart gibt eine Machbarkeitsstudie für den Bau einer Radwegverbindung zwischen Stuttgart-Plieningen und Filderstadt-Bernhausen in Auftrag. Die Idee ist ein Tunnelbauwerk (1300 Meter) unter dem Flughafen Stuttgart für Radfahrer und Fußgänger.

Im Dezember 2022 werden in einem Zwischenbericht die ersten Ergebnisse mit sechs Varianten vorgestellt. Aus verschiedenen Gründen (u.a. Kosten von mehr als 100 Mio. Euro) wird die Variante eines unterirdischen Tunnelbauwerks nicht weiterverfolgt.

Stattdessen präsentiert Verkehrsminister Hermann die Idee, den bestehenden Flughafentunnel halbseitig für Pkw- und Lkw-Verkehr zu sperren. Die Fahrspur von Bernhausen nach Plieningen soll in einen Rad- und Fußgängerweg umgewandelt werden.

23. JUNI 2022

Kleine Anfrage: „Fahrraddurchfahrt am Flughafentunnel zwischen Stuttgart-Plieningen und Filderstadt-Bernhausen“

22. MÄRZ 2023

Antrag: „Bestandstunnel zwischen Stuttgart Plieningen und Filderstadt-Bernhausen im Zuge der B 312 sowie Radverkehrsführung.“

11. JULI 2023

Termin bei der Landesmesse am Flughafen: Mit Dennis Birstock MdL treffe ich die Geschäftsführer Roland Bleinroth und Stefan Lohnert. Ein Thema ist die Verkehrsführung. Eine Tunnelteilspernung wäre für Besucher und Aussteller der Messe fatal. Die meisten kämen mit dem Auto. Der Tunnel sei eine Hauptzufahrt für die Messe.

28. SEPTEMBER 2023

Kleine Anfrage: „Radverkehrsführung im Bestandstunnel zwischen Stuttgart-Plieningen und Filderstadt-Bernhausen“

18. JANUAR 2024

Verkehrsausschuss des Landtags: Minister Hermann berichtet über „Optionen für Fuß- und Radverkehr im Flughafentunnel“ und nennt die Sperrung in Richtung Nord „vielversprechend“. Mit einer Pressemitteilung geht er an die Öffentlichkeit.

16. FEBRUAR 2024

Kleine Anfrage: „Ampellösung am Flughafentunnel für den Radverkehr“

23. FEBRUAR 2024

Dr. Rolf Winkelmann und Frank Bantle, Mitarbeiter aus den Abgeordnetenbüros meines Fraktionskollegen Dennis Birstock (Wahlkreis Nürtingen) und mir, suchen im Stadtarchiv Stuttgart nach alten Dokumenten aus der Planungs- und Bauphase des Tunnels – und werden fündig. Eine schriftliche

Erklärung aus den 60er Jahren kann so ausgelegt werden, dass der Tunnel, insbesondere für die Landwirtschaft, dauerhaft in beiden Fahrtrichtungen befahrbar bleiben muss. Kleine Anfrage: „Vereinbarungen über den Bestandstunnel zwischen Stuttgart-Plieningen und Filderstadt-Bernhausen“

11. MÄRZ 2024

Mit Dennis Birnstock treffe ich Pressevertreter am Tunnel. Wir erklären, warum eine Sperrung des Tunnels mit uns nicht zu machen ist.

26. MÄRZ 2024

Kleine Anfrage: „Alternative zur Sperrung des Flughafentunnels.“

29. APRIL 2024

Kleine Anfrage: „Verkehrsplanungen im Zusammenhang mit der geplanten Sperrung des Flughafentunnels“

28. MAI 2024

Das Regierungspräsidium lädt zu einem PR-Termin mit Minister Hermann und Vertretern von Radfahrverbänden ein. Gemeinsam wird der Tunnel per Rad durchfahren, anschließend geht es über die Ostumfahrung über Felder weiter. Hermann wirbt für die Tunnelssperrung.

31. MAI 2024

Kleine Anfrage: „Vor-Ort-Termin am Flughafentunnel des Verkehrsministers am 28. Mai 2024“. Hermann lässt erstmals anklingen, eine Ostumfahrung für Radfahrer nun doch prüfen zu lassen.

9. JULI 2024

Vor-Ort-Termin mit Gewerbetreibenden in Bernhausen. Mit dabei: Wolfgang Seiler (Expansionsleiter) und Florian Wieder (Verkaufsleiter) von EDEKA/Marktkauf, Sabine Hagmann, Hauptgeschäftsführerin des Handelsverbands Baden-Württemberg, die Immobilienentwickler Michaela Manz-Lutz und Hermann Manz (Manz Familienstiftung) sowie Dennis Birnstock MdL, Hans Dieter Scheerer MdL und ich.

23. AUGUST 2024

Kleine Anfrage: „Östliche Umfahrung als Alternative für den Radverkehr zur einseitigen Sperrung des Flughafentunnels“

29. AUGUST 2024

Kleine Anfrage: „Die halbseitige Sperrung des Flughafentunnels und deren wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Umgebung“

20. SEPTEMBER 2024

Termin und Pressemeldung des Verkehrsministers: Winfried Hermann informiert die Bürgermeister von Filderstadt, Neuhausen, Stuttgart und Leinfelden-Echterdingen und anschließend die Presse, dass „eine Sperrung oder Teilspernung für den Kfz-Verkehr im Stuttgarter Flughafentunnel vorerst auf Eis liegt.“

Grund zur Freude, dass der oberste Fahrradminister unter dem Druck der Fakten, der FDP und der betroffenen Kommunen endlich eingelenkt hat. Ein realitätsfernes und ideologisch motiviertes Projekt wird damit zum Glück beerdigt.

Für uns als FDP war von Anfang an klar, dass die Sperrung des Flughafentunnels für den motorisierten Verkehr eine absurde Idee ist. Die ohnehin stark belasteten Anwohnergemeinden wären durch den zusätzlichen Verkehr weiter überfordert worden, und die Staus hätten sowohl Pendlern als auch der Wirtschaft geschadet.

Leider hat es den Steuerzahler vermutlich schon einiges gekostet, bevor diese späte Einsicht endlich kam. Es bleiben daher Fragen offen: Wie viel Steuergeld wurde bereits für fragwürdige Gutachten und Planungen verausgabt? Dies gilt es jetzt transparent aufzuklären.

Am gleichen Tag reichen Dennis Birnstock und ich eine Kleine Anfrage ein: „Bisherige Kosten sowie Personal- und Zeit-Aufwand im Verkehrsministerium und Regierungspräsidium Stuttgart für die Planungen Sperrung des Flughafentunnels“.

16. OKTOBER 2024

Die Antwort aus dem Verkehrsministerium trifft ein: Für Machbarkeitsstudie, Verkehrsuntersuchung und Rechtsberatung sind Kosten von insgesamt 264.000 Euro angefallen!



→ Vor-Ort-Termin mit Anliegern und Dennis Birnstock MdL

JETZT MUSS DIE MIGRATIONSFRAGE GELÖST UND DAS WIRTSCHAFTSPAKET VERABSCHIEDET WERDEN!



Judith Skudelny
MdB

Nach der Bundestagswahl 2021 haben die Freien Demokraten einen neuen, abenteuerlichen Weg eingeschlagen. Gemeinsam mit der SPD und den Grünen wollten wir mehr Fortschritt wagen und Deutschland in eine prosperierende, optimistische Zukunft führen. Rückblickend können wir feststellen, dass wir als FDP in der Regierungsverantwortung viele richtige Entscheidungen getroffen haben. So haben wir beispielsweise die Corona-Maßnahmen beendet, schnell auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine reagiert und die Menschen und Unternehmen im Land spürbar um viele Milliarden Euro entlastet.

Trotzdem liegen noch immer gewaltige Herausforderungen vor uns. Die Bundesregierung muss jetzt für zwei Dinge sorgen: Mehr Ordnung und Kontrolle bei der Migration und einen wirtschaftlichen Aufschwung. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von ihrer Regierung, dass sie das hinbekommt. Und als Teil dieser Regierungskonstellation messen wir uns auch selbst an der Frage, ob uns das gelingt. Die FDP hat deshalb den Herbst der Entscheidung eingeläutet.

Es muss der Anspruch aller demokratischen Parteien in Deutschland sein, endlich die Migrationsfrage zu lösen. Sicherheit und Ordnung sind die Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaft, und es ist unsere Pflicht, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Mit dem neuen EU-Asylsystem sowie dem Sicherheitspaket mit unter anderem der Streichung von Sozialleistungen für Dublin-Flüchtlinge und der Aberkennung des Schutzstatus, wenn Asylberechtigte in ihr Heimatland reisen, hat die Ampel erste Fortschritte erzielt. Weitere Schritte müssen aber zwingend folgen. Es muss leichter sein, in den deutschen Arbeitsmarkt einzuwandern, als in die sozialen Sicherungssysteme. Die



FDP setzt sich dafür ein, dass niemand nach Deutschland kommt, der von vornherein keinen Aufenthaltsstatus erlangen kann. Gleichzeitig muss die Abschiebung von Personen, die keinen Anspruch auf Asyl haben, deutlich zunehmen. Wir werden unsere Koalitionspartner in dieser wichtigen Angelegenheit antreiben und uns weiter dafür stark machen, auch die Union ins Boot zu holen – für einen echten Asylkompromiss zwischen Bund und Ländern, wie er in den neunziger Jahren gelang.

Ebenso wichtig ist es, die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zu stärken. Die Herbstprojektion der Bundesregierung sagt für 2024 einen Wachstumsrückgang um erschreckende 0,2% hervor. Das unterstreicht, wie dringend die Wirtschaftswende ist. Die in der Koalition bereits verabschiedete Wachstumsinitiative mit 49 Maßnahmen muss jetzt eins zu eins umgesetzt werden! Das ist keine Option, sondern eine Notwendigkeit. Jeder Punkt dieses Pakets ist darauf ausgerichtet, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu sichern. Wir werden mehr Investitionen anstoßen, Arbeitsanreize stärken, Bürokratie abbauen und den Energie-

markt neu ordnen. So sorgen wir für 26 Milliarden Euro, also etwa 0,3%, zusätzliches Wachstum! Weitere Verzögerungen können wir uns nicht leisten – weder politisch noch wirtschaftlich. Die Gesetze müssen vor dem Beschluss des Haushalts durch den Bundestag, damit sie zügig in Kraft treten!

Uns Freien Demokraten ist bewusst, dass dies in der Ampel nicht ganz selbstverständlich ist. Viele Dinge, die wir in den vergangenen drei Jahren umgesetzt haben, haben wir schließlich nicht mit unseren Koalitionspartnern, sondern trotz ihnen und gegen sie durchgesetzt. Sollte sich herausstellen, dass unsere Koalitionspartner auch in diesen beiden für unser Land entscheidenden Fragen nicht reformfähig oder nicht reformwillig sind, müssen wir Freien Demokraten den Mut und die Entschlossenheit haben, unsere Konsequenzen zu ziehen und auch in dieser Situation neue Wege zu gehen. Sollte die Migrationsfrage ungelöst und das Wirtschaftspaket auf der Strecke bleiben, gibt es für die Freien Demokraten schließlich keinen Grund, in einer erfolglosen Koalition zu verbleiben. Wir werden uns auch weiterhin mit ganzer Kraft für ein starkes Deutschland einsetzen!

SICHERHEITSPAKET IM BUNDESTAG BESCHLOSSEN: IRREGULÄRE MIGRATION BESSER BEKÄMPFEN

Mit dem neuen Sicherheitspaket hat die Ampelkoalition konkrete Maßnahmen als Reaktion auf die fürchterlichen islamistischen Messerattacken in Solingen und Mannheim beschlossen. Dieses Paket war längst überfällig. Das ist ein wichtiger erster Schritt hin zu mehr Ordnung und Kontrolle der Migration sowie mehr innerer Sicherheit. Es zielt insbesondere darauf ab, Fehlanreize im Bereich der Migration zu reduzieren und die irreguläre Migration zu bekämpfen. Personen, die kein Bleiberecht in Deutschland haben, werden schneller, effektiver und konsequenter abgeschoben. Wer wie der syrische Tatverdächtige von Solingen ausreisepflichtig ist, weil nach den Dublin-Regeln ein anderes EU-Land für den Schutzsuchenden zuständig ist, erhält künftig keine Sozialleistungen mehr. Das war notwendig und sendet ein klares Signal: Irreguläre Migration nach Deutschland lohnt sich nicht!

Mit dem Paket wollen wir den Staat außerdem handlungsfähiger für die Bekämpfung von Terrorismus und gewaltbehaftetem Extremismus machen. Um Tatverdächtige schneller

zu identifizieren, sollen die Ermittlungsbehörden die Befugnis zum biometrischen Abgleich zur Gesichtserkennung erhalten. Auch in der Migrationspolitik sollen biometrische Daten genutzt werden, um die Identität von Geflüchteten festzustellen. So könnten die Behörden schneller und umfassender auf Bedrohungen reagieren. Diese Maßnahmen richten sich explizit gegen Straftäter und Extremisten und schränken rechtschaffene Bürgerinnen und Bürger nicht in ihren Freiheitsrechten ein. Diesen zweiten Teil des Sicherheitspakets hat der Bundesrat jedoch mit Unionsmehrheit abgelehnt, weil der Union die Maßnahmen nicht weit genug gehen. Wir Freie Demokraten sind fest entschlossen, dem Paket weitere einschneidende Schritte folgen zu lassen, um unsere Bevölkerung zu schützen. Dafür aber lieber erst mal gar nichts zu machen, wie die Union, ist verantwortungslos. Die Länder müssen jetzt ihren Beitrag leisten.

Alle demokratischen Kräfte sind gefordert, Handlungsfähigkeit zu beweisen und die Probleme bei der Migration gemeinsam zu lösen!

AKTIVER LIBERALER MITTELSTAND



Frank Bantle
Pressesprecher LIM Baden-Württemberg e.V.

Ganz schön sportlich bei 30 Grad Hitze in einer voll besetzten Laube Weine und schwäbische Spezialitäten zu genießen. Doch der Stimmung taten die Rahmenbedingungen beim diesjährigen LIM Weindorf-Treff keinen Abbruch. Erneut kamen auf Einladung von **Slavica Benko** und **Dr. Christian Altmann** (beide Vorsitzende LIM Stuttgart) rund 30 Mitglieder und Gäste nach Stuttgart. Gastgeber war wie schon in den Vorjahren **Andreas Zaiß** („Zur Zaisserie“). Besonders positiv an den LIM-Tischen: Vertreter aller Generationen kamen gut miteinander ins Gespräch.

HOHER KRANKENSTAND GEFÄHRDET BETRIEBSABLÄUFE

Ebenfalls unter Mithilfe von LIM-Mitgliedern aus Stuttgart fand eine Veranstaltung des Landesverbandes zum Thema „Im Griff der Krankmeldungen?“ statt. Ein heißes Thema, das gerade mittelständische Arbeitgeber umtreibt. Denn wie Referent **Sven Luckert** von der Kanzlei Oppenländer berichtete, beträgt der Krankenstand in deutschen Firmen 6,1%, das sind pro Jahr durchschnittlich 15,2 Tage. Fast 77 Milliarden Euro zahlten Arbeitgeber letztes Jahr an Entgeltfortzahlungen. „Der Betrag hat sich in den letzten 14 Jahren verdoppelt“, so der Fachanwalt für Arbeitsrecht.

Zahlreiche interessierte Unternehmensvertreter waren mit dabei und berichteten, wie Arbeitnehmer oft alle Tricks nutzen, um „krank zu feiern“. Sehr unzufrieden sind die Mittelständler mit der neuen elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU). Die Rückmeldungen der Krankenkassen an die Firmen kämen viel zu spät und man bliebe im Ungewissen, was mit der Person los sei. Bemängelt wurde zudem, dass Ärzte eine Krankmeldung aus verschiedenen Gründen gleich für sieben Tage ausstellen, selbst

wenn nach zwei Tagen durchaus wieder eine Arbeit aufgenommen werden könnte.

Experte Luckert machte Hoffnung: Im Arbeitsrecht würde sich allmählich etwas bewegen, und auch krankheitsbedingte Kündigungen könnten schneller gelingen, wenn sie korrekt vorbereitet werden. Die LIM-Gastgeber **Dr. Thilo Scholpp** aus Stuttgart und Generalsekretärin **Sarah Zickler** aus Reutlingen luden anschließend zu einem kalten Büffet, wo Gäste und der Referent lange weiterdiskutierten.



→ Referent war **Sven Luckert**, Fachanwalt für Arbeitsrecht

GROßES TREFFEN IN KARLSRUHE



Liane Bott-Voelker
Vorstand Regionalverband Stuttgart
Liberale Senioren Initiative

Ende September 2024 fand die Bundesdelegiertenkonferenz der Liberalen Senioren (LiS) in Karlsruhe statt. Die Veranstaltung bot den rund 60 Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Gelegenheit, über die Zukunft ihrer Organisation zu beraten sowie ein spannendes Rahmenprogramm in der badischen Metropole. Auch aus Stuttgart waren Liberale Senioren angereist, allen voran der Landesvorsitzende und Cheforganisator **Dr. Wolfgang Allehoff**. Den Auftakt der Konferenz bildete am 26. September eine exklusive Führung durch das Bundesverfassungsgericht. Die Delegierten konnten einen Blick hinter die Kulissen werfen und sich über Geschichte und Arbeitsweise des höchsten deutschen Gerichts informieren. Bei LiS-Treffen wurden die Erfolge der letzten Jahre hervorgehoben, insbesondere die verstärkte Einbindung in die politische Arbeit der FDP sowie die thematische Arbeit zu den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft.

DR. RÜLKE UND DR. TONCAR SPRECHEN

Höhepunkte waren die Gastreferate von Dr. Hans-Ulrich Rülke, Fraktionsvorsitzender der FDP im Landtag von Baden-Württemberg, und Dr. Florian Toncar, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium. Dr. Wolfgang Allehoff war es gelungen, diese hochkarätigen Referenten für die Konferenz zu gewinnen.

Dr. Rülke sprach über die aktuellen politischen Herausforderungen in Baden-Württemberg und in der Bundespolitik. Er erwähnte die historische Entwicklung der Liberalen im Südwesten – dem Stammland der Liberalen in Deutschland. Daraus könne man Denkanstöße für die gesamte Bundesrepublik ableiten. Insbesondere das von ihm verfasste Strategiepapier über die Stoßrichtung der FDP bei der kommenden Bundes- und Landtagswahl stieß auf großes Interesse. Ziel

muss es aus Sicht der FDP sein, ein Regierungsbündnis ohne die Beteiligungen der AfD und der Grünen zu Wege zu bringen. Für Baden-Württemberg sei er sich mit Manuel Hagel, dem Vorsitzenden der CDU Baden-Württemberg und der CDU-Landtagsfraktion einig, dass die beiden Parteien das Erfolgskonzept der schwarz-gelben Koalition wieder aufleben lassen möchten. Darüber hinaus betonte er die Bedeutung der Liberalen Senioren als Stimme der älteren Generation innerhalb der Partei. Er erklärte, dass gerade in Zeiten von Umbrüchen und gesellschaftlichen Spannungen die Erfahrung und die Perspektive älterer Menschen eine wichtige Rolle spielen müssen, um politische Stabilität zu gewährleisten.

Dr. Florian Toncar referierte über die finanzpolitische Lage Deutschlands im Hinblick auf die Rentenfinanzierung und die Auswirkungen der demografischen Entwicklung. Er erläuterte die drei Standbeine des liberalen Rentenkonzeptes. Zum einen die gesetzliche Altersrente, dann die Betriebsrenten und als drittes das neu vom Finanzministerium entwickelte Konzept eines Altersvorsorgedepots. Die wichtigste Säule dabei ist das Generationenkapital nach skandinavischem Muster. Norwegen zum Beispiel sichert Renten staatlich am Kapitalmarkt ab.

DISKUSSION UND AUSBLICK

Die Konferenz schloss mit einer lebhaften Diskussion über die Rolle der Senioren in der Gesellschaft und ihre aktive Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Die Delegierten zeigten sich überzeugt, dass die Liberalen Senioren weiterhin eine starke Stimme in der FDP sein werden, die wichtige Impulse für die Politik der älteren Generation gibt. Mit einer klaren Agenda und vielen neuen Ideen endete die diesjährige Bundesdelegiertenkonferenz in Karlsruhe.

STUTTGART PRIDE 2024: VIELFALT LEBEN – JETZT ERST RECHT!



Steffen Schneider
Orga-Team „Stuttgart PRIDE 2024“

Der CSD Stuttgart 2024 stand unter dem Motto „Vielfalt leben – jetzt erst recht!“ und setzte ein deutliches Zeichen gegen wachsende Hasskriminalität und für die Stärkung der Rechte queerer Menschen. Die Parade begann um 13 Uhr am Rotenbühlplatz und führte auf einer neuen Route durch die Innenstadt. Trotz regnerischem Wetter versammelten sich rund 300.000 Menschen entlang der Strecke, um die rund 150 Formationen und etwa 20.000 Teilnehmenden zu unterstützen und ein Zeichen für Solidarität und Gemeinschaft zu setzen.

Die FDP Stuttgart nahm wieder mit einem eigenen LKW teil, begleitet von **DJane Alegra Cole**, die für musikalische Unterhaltung sorgte. Angeführt wurde der Truck von **Judith Skudelny**, Bundestagsabgeordnete und Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg und unserem Bundestagskandidaten **Mark Wieczorrek**, sowie den Bundestagsabgeordneten **Konrad Stockmeier** und **Valentin Abel**. Auch die Landtagsabgeordneten **Friedrich Haag** und **Alena Fink-**

Trauschel waren vertreten. Zudem waren der neu gewählte Stadtrat **Dr. Cornelius Hummel**, und der Ehrenvorsitzende **Armin Serwani** mit dabei.

Am Markt- und Schillerplatz fand die traditionelle Hocketse statt, die den Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit bot, das Wochenende in geselliger Atmosphäre ausklingen zu lassen. Die FDP Stuttgart war dort mit einem Stand vertreten, an dem sich Gabriele Reich-Gutjahr und Armin Serwani besonders engagierten.

Ein großer Dank gilt allen Unterstützern, Spendern und Gästen, die sich auf dem Wagen beteiligt haben. Besonders bedanken möchten wir uns beim Organisationsteam, das diesen Auftritt erst möglich gemacht hat, darunter **Mark Wieczorrek**, **Dr. Cornelius Hummel**, **Steffen Schneider**, **Dennis Schad** und **Armin Serwani**. Wir freuen uns bereits auf den Stuttgart Pride 2025 und hoffen auf eine ebenso starke Beteiligung und Unterstützung.



→ Vor dem geschmückten FDP-Truck: Die Teilnehmenden versammeln sich in strahlenden Farben und guter Laune zum CSD in Stuttgart

ZWEI ERFOLGREICHE LIBERALE FRAUEN KANDIDIEREN IM BEZIRKSVERBAND STUTTGART!



Susanne Winkler

Stv. Vorsitzende Liberale Frauen BV Stuttgart
Beisitzerin im Landesvorstand der LiF BW

Renata Alt, MdB und **Judith Skudelny**, MdB gehören zu den engagierten und mutigen Frauen, die sich über Jahre hinweg im Bezirksverband Stuttgart, so auch im Land Baden-Württemberg, für die Liberalen Frauen verdient gemacht haben. Als Landesvorsitzende und Bezirksvorsitzende holten sie immer wieder Frauen mit ins Boot, die sich fortan gerne mit für die liberale Sache einsetzten. Alt, von Haus aus Diplom-Chemieingenieurin und Diplomatin, Skudelny, Juristin mit Schwerpunkt Insolvenzrecht, sind im Bundestag mit verantwortungsvollen so auch wichtigen Funktionen bedacht worden.

Renata Alt ist 1. Vorsitzende des Ausschusses für Humanitäre Hilfe und Menschenrechte, stv. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, stv. Mitglied im Gesundheitsausschuss, u.a. stv. Delegationsleiterin der Parlamentarischen Versammlung OSZE. Seit 2022 Mitglied im Bundesvorstand der FDP.

Judith Skudelny ist Sprecherin für Umwelt- und Verbraucherschutz und Vorsitzende der Landesgruppe Baden-Württemberg. Seit 2015 ist sie Generalsekretärin der FDP Baden-Württemberg. Mitglied im 2. Untersuchungsausschuss der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestags.

Mit Zielstrebigkeit und Durchhaltevermögen, gepaart mit einer fröhlichen Leichtigkeit, pflegen beide den urliberalen Wertekanon. Die erneute Nominierung für den WK 262 (Alt/Nürtingen) und WK 1 (Skudelny/Stuttgart I) zeigt beiden Frauen, dass ihre Arbeit geschätzt wird und dass ebenso darauf gebaut wird, dass sie ihr erfolgreiches Tun nach der Bundestagswahl 2025 in Berlin fortführen können.

Die Unterstützung beider Frauen steht außer Frage!



→ Unsere Kandidatinnen für den Bundeswahlkampf 2025 aus unserem Bezirksverband Stuttgart: Judith Skudelny (links) und Renata Alt in Berlin

LIBERALE FRAUEN BADEN-WÜRTTEMBERG WÄHLTEN NEUEN LANDESVORSTAND!



Susanne Winkler

Stv. Vorsitzende Liberale Frauen BV Stuttgart
Beisitzerin im Landesvorstand der LiF BW

Am 21. September 2024 fand in Karlsruhe die Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl der Liberalen Frauen Baden-Württemberg statt. **Anke Hillmann-Richter** wurde erneut in ihrem Amt für zwei weitere Jahre bestätigt. **Renata Alt**, MdB, so auch **Alena Fink-Trauschel**, MdL, wurde ebenso auf zwei weitere Jahre als stv. Vorsitzende das Vertrauen ausgesprochen.

Nach Begrüßung und Resümee von Anke Hillmann-Richter – amtierende und neue Vorsitzende der Liberalen Frauen Baden-Württemberg – und Feststellung der Beschlussfähigkeit wurde der Vorstand des Jahres 2024–2026 nebst Beisitzer, Schatzmeister und Kassenprüfer entlastet. Die anschließende Aussprache machte deutlich, dass aufgrund intensiver Zusammenarbeit ein insgesamt sehr gutes Ergebnis erreicht wurde. Daran, so der allgemeine Wunsch, soll auch gezielt – insbesondere im Wahljahr 2025 – festge-

halten werden. Nicht zuletzt diese, auch sehr offenen Worte und die Ausrichtung der Ziele, mobilisierten ebenso neue Mitglieder, sich für die anstehende Wahl zur Mitarbeit aufstellen zu lassen.

Votiert wurde wie folgt: Anke Hillmann-Richter (KV-Vorsitzende Ulm), 1. Vorsitzende, Renata Alt, MdB, stv. Vorsitzende, Alena Fink-Trauschel, MdL, stv. Vorsitzende, Claudia Felden, Schatzmeisterin, Gisela Geckler, Astrid Weber, Kassenprüferinnen. Das Amt der Schriftführerin wird Janine Gast übernehmen. Als Beisitzer wurden nach Stimmenanzahl dokumentiert: Susanne Winkler, Kathrin Köbl, Helga Bender, Renate Iby, Zita Mayr, Heidi Nader. Für die Vertretung der Landesvereinigung im Landesfrauenrat wurden Claudia Felden und als Stellvertreterin Susanne Winkler gewählt. Im erweiterten Bundesvorstand findet sich Heidi Nader wieder. Alle Damen des neuen Vorstandes, nahmen ihre Wahl für



→ v.l.n.r.: G. Geckler, G. Reich-Gutjahr, C. Felden, J. Goll, B. Haag, J. Gast., D. Betz, K. Krämer, S. Haselmayr, K. Köbl, B. Arnold, A. Anke Hillmann-Richter, F. Perl, H. Bender, S. Winkler, A. Milde

2024–2026 an und freuen sich auf eine gute, gemeinsame, doch vor allem erfolgreiche Zusammenarbeit. Gleich den rhetorischen Signalen des FDP-Generalsekretärs im Bund Bijan Djir-Sarai und der FDP-Generalsekretärin des Landes Baden-Württemberg, Judith Skudelny: „Nicht innerparteilich spalten, sondern zusammenfügen und gemeinsam an einem Strang ziehen!“ In der Bildung spricht man dabei von: Verantwortungsbewussten, zukunftsorientiertem Handeln für die Gesamtgesellschaft!!

Für die LiF eine klare und schon über all die Jahre ihres Bestehens als Vorfeldorganisation der FDP eine bindende und unmissverständliche Aussage, der man stets immer Rechnung für das große Ganze getragen hat. Dieser liberale, rechtsstaatliche und freiheitliche Kompass wird auch zukünftig bei den Liberalen Frauen die Richtung vorgeben! Einigkeit und Recht und Freiheit ... Inhalte von denen selbst die Nationalhymne getragen wird. Leider verfehlen Narzissen aktuell das Maß aller Dinge und diesen, an die Macht strebenden Personen, gilt es Einhalt zu gebieten, bzw. die Grenzen aufzuzeigen. Die würdevolle Parole in der FDP kann immer nur lauten „Respekt vor geleisteter Arbeit, Respekt vor dem Alter, Respekt auch und im Besonderen den Menschen gegenüber, die sich im Ehrenamt oder im Beruf tagtäglich für das Recht und die Freiheit der Gesamtgesellschaft einsetzen. Freiheitliche Demokratie ist kein Selbstläufer ... sie braucht Einigkeit (KEINE SPALTUNG!) um sich zu entwickeln, überzeugt zu strahlen und für die Zukunft festigen zu können. Heißt, insbesondere für die LiF, abermals „dicke Bretter“ zu bohren, denn bei einem Frauenanteil von nur knapp 20% in der eigenen Partei, ist wahrlich auch hier noch viel Luft nach oben. Darum gilt, final auch für den Bundestagswahlkampf 2025: Einigkeit und keine Spaltung!

Abschließend jedoch nochmals Dank an dieser Stelle an Janine Gast für die Organisation der Location, die alle Teilnehmerinnen – an diesem wunderschönen, sonnigen Wochenende – auf der Terrasse mehr als nur genossen haben. Zeigte sich einmal mehr, dass sich das Nützliche mit dem Angenehmen – auch im Ehrenamt – sehr wohl verbinden und umsetzen lässt.

Für alle LIF im BV Stuttgart schon heute einen Hinweis: Am 30. November 2024 findet die jährliche Mitgliederversammlung von 14–16 Uhr in der Brauereigaststätte Dinkelacker in Stuttgart statt.



TERMINE UND VERANSTALTUNGEN IM 4. QUARTAL 2024

→ NOVEMBER 2024

16.	16:00 Uhr	Bezirksverband › Bezirksvorstandssitzung › Ort wird noch bekannt gegeben
18.	19:30 Uhr	Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Straße 46
21.	19:30 Uhr	Kreisverband › Veranstaltung in Planung mit Konrad Stockmeier MdB, Matthias Oechsner GR zum Thema Wärmeplanung der Stadt Stuttgart und GEG › Ort wird noch bekannt gegeben
23.	10:00 Uhr	Landesvertreterversammlung Bund › Messe Karlsruhe
30.	16:00 Uhr	Bezirksverband › Bezirksvorstandssitzung › Online-Sitzung
30.	14:00 Uhr	Mitgliederversammlung der Liberalen Frauen Bezirksverband Stuttgart › Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Straße 46

→ DEZEMBER 2024

16.	19:30 Uhr	Kreisverband › Kreisvorstandssitzung › Brauereigaststätte Dinkelacker, Tübinger Straße 46
-----	-----------	---

→ JANUAR 2025

4.	16:00 Uhr	Bezirksverband › Bezirksvorstandssitzung › Fellbach
5.	10:00 Uhr	Landesverband › Landesparteitag der FDP Baden-Württemberg › Ort wird noch bekannt gegeben
6.	11:00 Uhr	Landesverband › Dreikönigstreffen der Freien Demokraten › Opernhaus Stuttgart
	13:30 Uhr	Kreisverband › Liberaler Neujahrstreff mit Gastredner Christian Dürr › Alte Kanzlei, Schillerplatz 5



ALLE SITZUNGEN DER STADTGRUPPEN FINDEN SIE AUF DER INTERNETSEITE
DER FDP STUTTGART UNTER WWW.FDP-STUTTGART.DE/TERMINE

HUGO MICHAEL SUM

02.08.1956 – 21.09.2024

Stadtgruppe Mitte/Süd

***Wir werden unserem Parteifreund
ein ehrendes Andenken bewahren.***

LIBERALER NEUJAHRSTREFF

MIT GASTREDNER CHRISTIAN DÜRR

**MO., 6. JANUAR 2025, 13:30–16:30 UHR
ALTE KANZLEI, SCHILLERPLATZ 5**

[FDP-STUTT GART.DE/TERMINE](https://fdp-stuttgart.de/termine)